

SAFER WORLD is a private independent international internet information network

www.safer-world.org

newsletter 99 / 03. 08. 2006

AKTIV

Von Foodwatch:

foodwatch hat bereits mehr als 12.000 Unterschriften für ein wirksames Verbraucherinformationsgesetz (VIG) gesammelt. Ein großer Erfolg, vielen herzlichen Dank an alle Mitmacher!

Der Bundestag hat die Mogelpackung VIG am 29.06.2006 dennoch beschlossen. Die verschiedenen Entschließungsanträge der Fraktionen beweisen aber, dass die Argumente von foodwatch in der politischen Debatte angekommen sind. Wir wissen, dass die unzähligen Protest-E-Mails und -Karten die zuständigen Politiker beeindruckt haben.

Wir geben nicht auf! Es gibt eine neue Runde der Mitmach-Aktion www.ess-wissen.de : Diesmal an den Bundesrat.

Wieder konnte eine Koalition von 19 namhaften Organisationen geschmiedet werden, die insgesamt 2,6 Millionen Bürger repräsentieren. Ein wirksames VIG ist für die Arbeit aller Organisationen wichtig – ob für die Presse, Umwelt und Gesundheit oder etwa bei den Themen Tierschutz, Korruption und Demokratie. Alle Ministerpräsidenten und zuständigen Länderminister haben postalisch einen offenen Brief der Organisationen erhalten, der die Schwächen des VIG erläutert und Verbesserungen fordert.

Einige Länderpolitiker haben bereits Diskussionsbedarf angekündigt. Es besteht die Chance, dass sie das Gesetz nicht einfach abnicken werden und es im Bundesrat noch verändern. Dafür muss der Verbraucherprotest noch lauter werden. Bitte unterzeichnen Sie den offenen Brief und machen Sie noch einmal bei der Mitmach-Aktion mit. Gehen Sie JETZT auf die Internetseite:

Eine Dokumentation zum Verlauf der Mitmach-Aktion inklusive Fotos finden Sie unter:
<http://foodwatch.de>

In der Rubrik "Mitmach-Aktion" können Sie auch Unterschriftenlisten und ein Aktions-Banner für Ihre Homepage herunterladen. Damit helfen Sie, die Aktion groß zu machen! Ganz neu ist die wirklich beeindruckende Rubrik "Kommentare", in der Meinungen von Mitmachern anonymisiert zu lesen sind. Sagen auch Sie dem Bundesrat: "Ich will es wissen!"
das foodwatch-Team

Vom Umweltinstitut München e.V.

25. Juli 2006. **In Sachsen-Anhalt soll genmanipulierter Weizen freigesetzt werden** - in unmittelbarer Nähe zu den Anbauflächen der Genbank in Gatersleben. Hunderte alter Weizensorten werden dort im Freien vermehrt. Eine gentechnische Verunreinigung von Teilen dieses Menschheitserbes durch Pollenflug oder Verschleppung durch Tiere wäre ein unersetzlicher Verlust für zukünftige Züchtungsbemühungen. Denn alte Sorten enthalten vielfach Resistenzen gegen verschiedene Krankheiten und klimatische Bedingungen wie Trockenheit oder Salz. Experten bezeichnen sie daher als „Lebensversicherung der Menschheit“. Wenden auch Sie ein! Einwenden kann jede(r), ein Wohnsitz in der Nähe von Gatersleben ist nicht Voraussetzung. Weitere Infos:
www.umweltinstitut.org/genweizen

=====

BUCH

Jeannette Sherman Life's Delicate Balance - Causes and Prevention of Breast Cancer (in englisch)

Mehr unter <http://www.janettesherman.com/books.html>

Aus dem Vorwort: Nur wenige verstehen, dass Krebs durch Karzinogene entsteht. Dies sind Chemikalien, Pestizide, radioaktive Strahlung, ... Wir sollten unsere Familien, Freunde und Kollegen aufklaeren und mit Praevention beginnen. "

Es gibt noch Restexemplare: Zu beziehen von Scherrmann@safer-world.org
Buch incl. Versand: 14 Euro

=====

CHEMIKALIEN - BIOZIDE

30.06.06

Zur Kenntnisnahme: Biozid-Richtlinie: Aus für Naturstoffe zur Schädlingsbekämpfung

Frankfurt/Main (ots) - Ausgerechnet beliebte Naturstoffe wie Pyrethrum, Lavendelextrakt und Teebaumöl werden wohl von der Palette der in Europa zugelassenen Schädlingsbekämpfungsmittel verschwinden. Dasselbe gilt für Rapsöl, Leinöl, Ameisensäure und Kaliseife. Diese Substanzen finden sich auf einer Liste von mehr als 100 Wirkstoffen, die die EU-Kommission in diesen Tagen vorgelegt hat. Für sie hat sich bislang kein Unternehmen gefunden, das ihre Zulassung nach der Europäischen Biozid-Richtlinie betreiben will.

"Die Biozidgesetzgebung sollte dazu führen, dass risikoreichere durch risikoärmere Stoffe abgelöst werden. Die Anforderungen wurden allerdings so hoch geschraubt, dass im Endeffekt nur die profitabelsten übrig bleiben", erklärt dazu die Biozid-Expertin des IVA, Regina Fischer.

Naturstoffe werden meist in kleinen Mengen verarbeitet und überwiegend von mittelständischen Betrieben. Diese schrecken vor dem hohen finanziellen Aufwand des Zulassungsverfahrens zurück, weil absehbar ist, dass sie die Ausgaben nicht wieder erwirtschaften können. Denn für Naturstoffe müssen Eigenschaften und mögliche Nebenwirkungen auf Mensch und Umwelt genauso gründlich erfasst werden wie für synthetische Substanzen. Für ein komplettes Datenpaket sind Kosten von mehreren Millionen Euro anzusetzen. Für die Bearbeitung des Dossiers durch die Behörden werden zusätzlich Gebühren von mehr als 100.000 Euro fällig.

Der Industrieverband Agrar e. V. mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von Unternehmen der agrarchemischen und agrarbiologischen Industrie in Deutschland. Zu den Geschäftsfeldern der 50 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie.

Originaltext: Industrieverband Agrar e.V.
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de>

Pressekontakt:

Industrieverband Agrar e. V., Pressestelle Hannelore Schmid E-Mail: schmid.iva@vci.de www.iva.de

Anmerkung Scherrmann: Ist dies nicht absurd?

=====

CHEMIKALIEN - PESTIZIDE

Zur Kenntnisnahme: 28.06.06

Parkinson und "Pestizide": Bedenken, keine Beweise

Frankfurt a. M. (ots) - Steigt das Risiko, an Parkinson zu erkranken, wenn man "Pestiziden" ausgesetzt ist? Alberto Ascherio von der Harvard School of Public Health glaubt Hinweise auf einen

solchen Zusammenhang gefunden zu haben. Er wertete eine Krebsstudie aus, die sich über die Jahre 1982 bis 2001 erstreckte. Gut fünf Prozent der zum Schluss noch 143.000 Befragten haben im Beruf oder in Haus und Garten Pflanzenschutzmittel eingesetzt. Jeder 200. von ihnen entwickelte einen Parkinson; bei den Übrigen war es jeder 300. Für Ascherio stützen diese Ergebnisse die schon häufiger aufgestellte Hypothese, dass Pestizidbelastung ein Risikofaktor für Parkinson ist.

Die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln werden die Publikation wie alle derartigen Studien zu ihren Produkten gründlich prüfen.

Beachtenswert ist die Kommentierung durch das Deutsche Ärzteblatt vom 26. Juni. "Trotz der hohen Fallzahl ist die Studie nicht beweisend", heißt es dort. "Ihre Hauptschwäche besteht darin, dass die Befragten keine Angaben zu Dauer, Häufigkeit und der Intensität der Pestizidexposition gemacht haben. Es ließ sich deshalb keine Dosis-Wirkungs-Beziehung herstellen, die den Zusammenhang untermauert hätte. Deshalb bleibt die Frage letztlich offen, und es dürfte noch weitere Studien in dieser Frage geben."

Unter dem Begriff "Pestizide" schließlich subsumieren sich mehrere hundert Substanzen mit unterschiedlichsten chemischen Strukturen und Wirkmechanismen. Bei der Befragung im Jahr 1982 wurden außerdem Expositionen von älteren Pflanzenschutzmitteln erfasst, von denen viele heute nicht mehr eingesetzt werden.

Grundsätzlich werden alle Pflanzenschutzmittel auf internationaler und nationaler Ebene erst nach gründlicher Untersuchung durch die jeweils zuständigen Behörden zugelassen. Voraussetzung ist, dass sich das Produkt bei sachgerechter Anwendung als unbedenklich für Produzenten, Anwender, Konsumenten und Umwelt erwiesen hat.

Der Industrieverband Agrar e. V. mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von Unternehmen der agrarchemischen und agrarbiologischen Industrie in Deutschland. Zu den Geschäftsfeldern der 50 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie.

Originaltext: Industrieverband Agrar e.V.

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=16070>

Industrieverband Agrar e. V., Pressestelle Hannelore Schmid E-Mail: schmid.iva@vci.de www.iva.de

Anmerkung Scherrmann: Auch wenn etwas Zigtausendmal wiederholt wird, wird es nicht wahrer. Es stellt sich die Frage: Was bedeutet "unbedenklich"? Nach meiner Erfahrung bedeutet "unbedenklich" im Sprachgebrauch der Industrie: Es sind keine Akuteffekte sichtbar. Langzeitschaeden durch sogenannte Niedrigdosen werden in die Ueberlegungen kaum einbezogen.

=====
CHEMIKALIEN - TABAK

01.08.2006

Bremen verbietet Rauchen in Schulen und Krankenhäusern

Bremen - In Bremer Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten darf ab Dienstag nicht mehr geraucht werden. Ein entsprechendes Gesetz tritt am 1. August in Kraft. Bremen ist damit das erste ... mehr <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=18285&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Rauchverbot im Zug kommt an

Das seit gestern geltende Rauchverbot in Sachsen-Anhalts Nahverkehr ist von den Reisenden gut angenommen worden. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=415081,4642./medizin/rauchen>

"Rauchverbot auch in Kneipen"

Im Bundestag wird der Ruf nach einem umfassenden Rauchverbot lauter. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=414981,4642./medizin/rauchen>

*

17.07.06

Passivrauchen: Kinder bekommen bei Operationen Probleme / Je mehr Zigaretten zu Hause

geraucht werden, desto schlimmer

Baierbrunn (ots) - Rauchende Eltern gefährden ihre Kinder, falls diese operiert werden müssen, berichtet das Onlineportal GesundheitPro.de. Dass Kinder als passive Mitraucher besonders gefährdet sind durch Gifte des Zigarettenrauchs, wussten Mediziner schon lange. Jetzt fanden amerikanische Ärzte in einer Studie heraus, dass Kinder aus Raucherfamilien auch schon bei kleinen Operationen mehr Probleme mit der Atmung bekommen als Kinder aus Nichtraucherfamilien. Dwight Jones vom Children's Hospital Boston und seine Kollegen untersuchten mehr als 400 Kinder, die kleinere Operationen benötigten. Knapp die Hälfte von ihnen kam aus Raucherfamilien. Alle erhielten eine Vollnarkose. Die Untersuchung ergab, dass Raucherkinder deutlich mehr Probleme mit Schleim in den Atemwegen, verengten Luftwegen und aussetzender Atmung hatten. Die Wissenschaftler fordern von Narkoseärzten zukünftig erhöhte Vorsicht bei Raucherkindern. Unter anderem sollten diese auch nach kleinen Eingriffen eine Nacht zur Beobachtung in der Klinik bleiben. Die Ergebnisse der Studie erschienen im Fachmagazin "Otolaryngology".

Den vollständigen Artikel zum Thema "Passivrauchen" finden Sie unter www.gesundheitpro.de/A060717BADEP027300 dem unabhängigen Onlineportal der Apotheken Umschau.
Originaltext: Wort und Bild - GesundheitPro.de
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> (der Artikel ist nicht mehr im Netz)

*

11.07.2006

Pro Nichtraucherschutz

Parteiübergreifende Zusammenarbeit ist oft mühselig, aber offenbar nicht, wenn es um einen besseren Nichtraucherschutz geht. So haben sich die Drogenbeauftragte der Unionsbundestagsfraktion Maria Eichhorn und die Gesundheitsministerin von Sachsen-Anhalt Gerlinde Kuppe (SPD) dafür ausgesprochen, Zigarettenautomaten zu verbieten.
<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=412183,4612./medizin/rauchen>

*

09.07.2006

Umfrage: Große Mehrheit für Rauchverbot

München (ddp). Eine große Mehrheit der Deutschen plädiert für generelle Rauchverbote in öffentlichen Gebäuden (81 Prozent), am Arbeitsplatz (77 Prozent), in Bahnhöfen und Zügen (75 Prozent). In einer Umfrage des Nachrichtenmagazins «Focus» sprachen...
mehr... »<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=7&d=10&id=123512>

28.06.2006

Rauchverbot in der Öffentlichkeit: Kurswechsel der Union

Berlin (ddp). Die Gesundheitspolitiker der Union haben beim Thema Rauchverbot ihren Kurs geändert und drücken nun aufs Tempo. «Die Bundesregierung muss bereits in der Sommerpause die Arbeiten an einem konkreten Gesetzentwurf zum Nichtraucherschutz...
mehr... »<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=6&d=29&id=123398>

Berlin beugt sich EU und legt Entwurf für Tabakwerbeverbot vor

Berlin/Brüssel - Die Bundesregierung hat sich dem Druck der EU gebeugt und einen Gesetzentwurf für das Verbot von Tabakwerbung vorgelegt: Demnach sollen Tabakerzeugnisse nicht mehr ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=17872&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>
USA: 700 Seiten Argumente gegen das Passivrauchen

Washington - **Wer nach Argumenten für die Schädlichkeit des Passivrauchens sucht, der kann sich jetzt in einen mehr als 700-seitigen Bericht des Surgeon General, gewissermaßen der "oberste ...**

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=17875&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

16.06.2006

Der wahre Kern des Streits um Tabak

Im Streit um die europäische Tabak-Werberichtlinie geht es um weit mehr als um Werbung. Glaubt man den Akteuren aus Wirtschaft und Gesundheitspolitik, so sind höchste Rechtsgüter in Gefahr: die Freiheit, die Pressevielfalt, die Hoheit der EU-Länder sowie Sport und Kultur auf der einen Seite, die Einheit der EU und die Gesundheit auf der anderen.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=408595.4575./geldundrecht/recht>

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Infos von der Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog übersandt.

30.06.2006

Schädigung der Erbsubstanz durch Hochfrequenzstrahlung

Die Gandhi-Studie über DNA- und Chromosomenschäden bei Handytelefonierern ergänzt die im Labor gemachte REFLEX-Studie. Ich habe endlich einmal die Zusammenfassung übersetzt. Vielleicht möchte sie jemand auf seine Website setzen.

http://www.buergerwelle.de/pdf/gandhi_dna_damage_deutsch.doc

Direkter Zugang: **Genetic damage in mobile phone users: some preliminary findings**

<http://www.ijhg.com/article.asp?issn=0971-6866;year=2005;volume=11;issue=2;spage=99;epage=104;aulast=Gandhi>

29.06.2006

Handys beeinflussen Hirnströme

Rom - Von langen Handytelefonaten bekommt man nicht nur warme Ohren. Die durch den Sender erzeugten elektromagnetischen Wellen beeinflussen auch die Hirnströme, wie eine randomisierte ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=17890&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

27.06.2006

Krank durchs Handy? Handystrahlung reizt Teile der Hirnrinde

Handys und deren Auswirkung auf die Gesundheit der Benutzer sind ein Dauerbrenner bei den Technik-News. Jetzt gibt es dazu eine neue Studie, die behauptet, dass die Mobilfunksignale bestimmte Bereiche des Gehirns reizen. Das bedeutet zwar nicht zwangsläufig eine Schädigung des Gehirns, könnte aber trotzdem für bestimmte Personengruppen problematisch sein.

Von Hans-Christian Dirscherl

Die Strahlung von Handys reizt den Teil der Hirnrinde, der am nächsten zum Mobiltelefon gelegen ist. Zu diesem Ergebnis kommen italienische Wissenschaftler, wie CNN Online berichtet. Allerdings besteht noch keine Klarheit darüber, ob die Hirn-Reizung, die von einem GSM-Mobiltelefon ausgeht, gefährlich ist

PC-Welt Online. Copyright © sueddeutsche.de GmbH/Süddeutsche Zeitung GmbH

<http://www.sueddeutsche.de>

Siehe auch „**Mobile phone emissions and human brain excitability**“ unter:

<http://omega.twoday.net/stories/2239017/>

20.06.2006

Zürcher UMTS-Studie - wissenschaftlich kritisch beleuchtet von Prof. Dr. med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen

Sog. Replikationsstudie zur TNO-Studie oder UMTS Base Station-like Exposure, Well Being and Cognitive Performance, von S.J. Regel, et al., EHP online doi: 10.1289/ehp.8934 6. Juni 2006

Die Studie könnte böswillig als eine Farce bezeichnet werden, denn sie hat die TNO-Studie nicht repliziert. Doch sind Autoren mit gutem Willen an die Sache herangegangen. Was falsch war, denn sie hätten etwas anderes finden können, wenn sie die TNO-Studie exakt kopiert hätten.

Die niederländische Studie hat nämlich:

1. nicht die extreme Auswahl getroffen wie in Zürich (Kriterien für Ausschluss waren u.a. chronische Krankheiten, Schwangerschaft, Schlafstörungen, Alkoholkonsum, Schichtarbeit, Übersee Flüge), so dass nicht die übliche belastete Bevölkerung als Versuchsgruppe diente, sondern eine Super-Auswahl.

2. Die Gruppen wurden nicht mit den GSM-Frequenzen belastet, was sie möglicherweise in der TNO-Studie "reif" gemacht hatte für die Empfindlichkeit gegenüber UMTS. Ein sehr großer Unterschied, denn die Holländer konnten Daten vergleichen von a) Trainings-Runde b) Placebo (0-Strahlung) c) GSM 900 MHz (D1) d) GSM 1800 MHz (D2) e) UMTS 2100 MHz jeweils immer auf alle Personen angewendet, was wirklich etwas anderes ist.

3. Vom Alter her sind die Gruppen nicht vergleichbar, d.h. zu viele junge Leute. Man hat das Gefühl, die Untersucher wollten nicht wissen, was macht UMTS zusätzlich zu sonstigen Belastungen, denen man gewöhnlich ausgesetzt ist, und wie wirkt sich die zusätzliche Strahlung aus, sondern was macht UMTS bei ausgesuchten Leuten ohne sonstige belastende Eigenschaften wie z.B. Schlafstörungen.

4. Der Belastungsrhythmus war meines Wissens gegenüber der TNO-Studie ein anderer, da nach 20 Min. Unterbrechungen waren, die in Holland nicht berichtet wurden, wo Exposition 45 Min. im Stück erfolgte gegenüber den drei Frequenztypen in unterschiedlicher Reihenfolge. In Zürich gab es keine Reihenfolge in dem Sinne, sondern nur zwei anschließende gesendete - je Gruppe gemischt applizierte? - Frequenzintensitäten 1 und 10 V/m - und somit keine Möglichkeit der Sensibilisierung durch D1 und D2-Wellen.

Soviel zu Methoden.

Ergebnisse:

Zwei Fragebogenarten wurde verwendet. Mit dem Züricher Typ ergeben sich in Tabelle 1 Score-Summen über 2 bis 2,6, gleichgültig ob a) Sensitive oder b) Nicht-Sensitive befragt und ob c) UMTS eingeschaltet war oder nicht.

Hier stützt der Fachmann bereits. Mit dem TNO-Fragebogen ergaben sich dagegen Scores um 10 herum bei Sensitiven und um 5 bei Nicht-Sensitiven. Der TNO-Fragebogen konnte demnach die Empfindlichen von den anderen gut trennen.

Tabelle 3 ergibt bei anderer Anordnung bereits den interessanten Hinweis darauf, dass Sensitive das reale Feld häufiger erkannt haben (Odds Ratio 1.39-fach) als Nicht-Sensitive. Ausgelassen wurden durch die Autoren 29 Personen, die angeblich kein Feld erkannt haben. Wie kommt es dann, dass die sham-Exposition (= kein Feld) von den restlichen als „Feld“ erkannt wurden – oder muss die Legende der Tabelle geändert werden, weil für die Ausgeschlossenen als Begründung angegeben wird, sie hätten in allen drei Konditionen kein Feld erkannt, was bei sham ja auch in keinem Fall möglich sein dürfte.

Als Ergebnis der statistischen Auswertung wird gesagt, dass die Verteilung der Befundgruppen auch per Zufall auftreten und somit erwartet werden konnte. Das mag stimmen, doch waren die Sensitiven eindeutig öfter positiv und richtig bei der Erkennung der realen Felder (17 von 30 = 58 %) als die Nicht-Sensitiven (22 von 49 = 44,5 %), was m. E. vernachlässigt wird und nicht ohne weiteres als „expected by chance“ abzutun ist.

Die Autoren gestehen zu, dass unabhängig von der Einwirkungsstärke die empfundene Belastungsintensität bei Sensitiven in 68% mit Unwohlsein korrelierte und in 64% der Nicht-sensitiven, beide Male statistisch gesichert erhöht. Gleiche Befunde sollen sich mit den TNO-Daten gezeigt haben, die Daten werden aber nicht gezeigt und auch nicht explizit genannt (d.h. keine Prozentangaben usw.). Warum nicht, bleibt rätselhaft.

Die auffallendste Quelle von Befunden war das objektive Testen von kognitiven Leistungen. Hier ergaben sich für die Nicht-Sensitiven Befunde, wo in der TNO-Studie nichts zu finden gewesen war. In der Gedächtnisprüfung (1-back-Task) fand sich bei Nicht-Sensitiven eine Verminderung von null Exposition (sham) zu 10 V/m in einer Sitzung, was als nicht erwünschter Effekt gelten muss und zunächst nicht wegerklärt wird, zumal es bei der UMTS-Exposition der TNO-Studie nicht vorkam.

< . Abschließend verlautet, dass nach allen statistischen Testprozeduren unter Einbeziehung potenzieller Einflussfaktoren (confounding) alle berichteten p-Werte den gesetzten Signifikanzniveau $p=0,0051$ überschritten. Das bedeutet doch aber, dass sie das übliche Signifikanzniveau von $p=0,05$ nicht überschritten, was auf nicht-zufällige Zusammenhänge hindeutet. Außerdem würde ein Argument nicht mehr zutreffen: Die Studie soll gegenüber der TNO-Studie mit 2 Gruppen zu 36 Personen eine Verbesserung ergeben haben, da zwei Gruppen mit 33 und 84, gesamt 117 einbezogen wurden. Hätte man bspw. 250 Personen untersucht, wären die Ergebnisse durchaus im Bereich einer stärkeren Ausprägung mit größeren Zahlen und dann nicht mehr zufällig verteilt gefunden worden?

Mir erscheint daher die Formulierung in der Zusammenfassung nicht einleuchtend, wenn auch nicht direkt falsch: Die Effekte waren marginal (aber dann doch erkennbar?) und konnten auch durch Zufall gefunden werden. Das ist ausgewichen und so ausgedrückt, dass man nichts mit den Befunden anfangen kann, aber auch keine absolute Sicherheit hat, dass nichts gefunden wurde.

Es bleibt also die mit der TNO-Studie erstmals beschriebene Unsicherheit, was sich bei a) älteren Personen an Beschwerden ergeben wird, denn bei der TNO-Studie waren die Sensitiven etwa 10 Jahre älter als die Nicht-Sensitiven, b) mittelbare Folgen bei längere als der 45-minütige Exposition (d.h. Tag und Nacht permanent) einwirkenden Frequenz empfunden wird. c) Dass sich ohne die TNO-Studie aus der jetzt vorgelegten Studie zwar kein starker Verdacht ergeben hätte, doch keinesfalls zutrifft, was von Barmüller leichthin behauptet wurde: Die TNO-Studie sei „korrigiert“ worden.

<http://www.gigaherz.ch/1038>

Schweizer Konsumentenzeitschrift K-tipp K-tipp Nr. 12, 14. Juni 2006

„Mir wurde schwindlig“ Die neue Studie beweist nicht, dass UMTS-Strahlung harmlos ist.
„Keine kurzfristigen Auswirkungen auf das Wohlbefinden“, sagt die neue Schweizer UMTS-Studie. Studienteilnehmer erlebten das Gegenteil.

Für die Mobilfunkindustrie waren die Forschungsergebnisse, die am 6. Juni publiziert wurden, ein gefundenes Fressen. „Studie findet keine Hinweise auf Störungen des Wohlbefindens durch UMTS-Signale“, frohlockte der Branchenverband Sicta. Nun müssten blockierte Antennenbewilligungsverfahren sofort aufgenommen werden.

Was die Sicta verschwiegen hat und was auch in etlichen Zeitungsberichten zur Nebensache wurde: Die Studie von drei Schweizer Forschern macht nur Angaben zur kurzfristigen Belastung. Denn die Probanden wurden im Labor bloß 45 Minuten lang einer UMTS-Strahlung ausgesetzt und dann zu ihrem Befinden befragt. Real existierende UMTS-Antennen strahlen aber 24 Stunden am Tag. ...

Mehr unter <http://www.gigaherz.ch/1036>

8.06.2006

Der perfektionierte Unsinn – oder die Replikation der TNO-Studie

Freudenstrahlend gaben die von den Mobilfunkbetreibern und vom Staat finanzierten Forscher heute Vormittag an einer überstürzten und überbelegten Pressekonferenz an der UNI Zürich ihre Resultate bekannt.

Hans-U. Jakob, 6.6.06

Damit die Informationen in die richtigen Kanäle geschleust werden konnten waren nur 50 handverlesene Journalisten und diese nur mit Presseausweis zugelassen. Der Berichterstatter von Gigaherz, der größten schweizerischen Betroffenen-Organisation musste sich schon selber einladen und Zutritt verschaffen.

... Fazit: Die Studie wirft mehr Fragen auf als sie beantwortet.

- Es bestand ein krasses Missverhältnis von sensiblen zu unsensiblen Probanden.
- Es wurde eine völlig andere Signalform als bei TNO verwendet.
- Die Intensität der Strahlung konnte nur mit einer Ungenauigkeit von Faktor 4.3 beurteilt werden, andere Messgeräte gibt es noch gar nicht.
- Die Probanden wurden vor den Tests nicht in Quarantäne genommen.
- Von den beteiligten sensiblen Probanden liegen von der Studie sehr abweichende Berichte vor.

Und das Wichtigste: Es wurden gegenüber der TNO-Studie so viele Parameter verändert, dass es sich nicht um eine Replikation, sondern um eine neu konzipierte Studie handelt, die ihrerseits wiederum nach einer Replikation ruft.

Dies sind nur die Eindrücke aus der heutigen Pressekonferenz. Die Studie selbst werden wir beurteilen, sobald unsere Übersetzerin eine deutsche Übersetzung davon gemacht hat. Schwer zu bemängeln ist ferner, dass sowohl die Bundesämter, wie die Mobilfunkbetreiber die Studie zwecks Stellungnahmen bereits eine Woche zum Voraus erhalten hatten, während man die Kritiker- und die Betroffenenorganisationen gar nicht erst zur Pressekonferenz einladen wollte.

Und hier die internen Links zur Vorgeschichte:

Offene Fragen zur Replikation der TNO-Studie: <http://www.gigahertz.ch/872>

Offene Fragen zur TNO-Replikation - Die Antworten der Projektpartner: <http://www.gigahertz.ch/873>

Das lange Warten auf die Replikation der TNO-Studie: <http://www.gigahertz.ch/1001>

Replikation der TNO-Studie - Eine Gegendarstellung: <http://www.gigahertz.ch/1003>

UMTS-Strahlung ist offiziell gar nicht messbar: <http://www.gigahertz.ch/1002>

Quelle: <http://www.gigahertz.ch/1031>

=====

GENMODIFIZIERTES SAATGUT

01.08.2006

Gen-Baumwolle sorgt für Insektenboom am Feld

Vernichtung vom Primärschädling sorgt für extreme Zunahme anderer Schädlinge

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=060801006>

19.07.06

Gift im Gen-Mais / Greenpeace präsentiert aktuelle Ergebnisse der Risikoforschung zu genmanipulierten Pflanzen

Hamburg (ots) - Honigbienen, geschützte Schmetterlinge und Bodenorganismen sind durch den Anbau von gentechnisch veränderten Mais bedroht, der ein Insektengift bildet und dieses in die Umwelt abgibt. Greenpeace legt heute in Hamburg eine Auswertung aktueller Forschungsergebnisse zu Gen-Mais-Sorten vor, die eine Vielzahl negativer Umwelteffekte belegt. Die Literaturstudie gibt zudem Aufschluss darüber, dass die Auswirkungen des Gen-Maises auf die biologische Vielfalt in Europa von den Zulassungsbehörden bisher nicht geprüft wurden. Im Oktober läuft die Genehmigung für den auch in Deutschland auf 950 Hektar angebauten Gen-Mais MON810 aus. Auf Basis der wissenschaftlichen Befunde fordert Greenpeace, dass die Neuzulassung gestoppt und der Gen-Mais vom Markt genommen wird.

"Aus den vorliegenden Erkenntnissen wird deutlich, dass die Freigabe des Gen-Maises für den kommerziellen Anbau verfrüht erfolgt ist und mit dem in der EU gesetzlich verankerten Vorsorgeprinzip nicht vereinbar ist", sagt Gentechnikexperte Christoph Then von Greenpeace. "Die EU-Zulassung des Gen-Maises muss deswegen zurückgenommen werden."

Das so genannte Bt-Gift (*Bacillus thuringiensis*) im Gen-Mais eliminiert nicht nur den schädlichen Maiszünsler. Bei Fütterungsversuchen im Labor wiesen auch Schmetterlingsraupen, auf deren Futterpflanzen Gen-Mais-Pollen lag, eine erhöhte Sterblichkeitsrate auf. Bienenvölker, die im Freilandversuch mit Bt-Pollen gefüttert wurden, zeigten zum Teil eine verringerte Brutaufzucht. Aktuelle Untersuchungen, die unter anderem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wurden, belegen zudem Effekte auf das ganze Ökosystem: Bakterien und Pilze, Faden- und Regenwürmer und Bodeninsekten, die für Kompostierung und Bodenfruchtbarkeit wichtig sind, werden durch den Gen-Mais in ihrer Entwicklung gehemmt.

Nach EU-Recht können Mitgliedsländer nationale Maßnahmen gegen Einfuhr und Anbau von Gen-Saaten verhängen, wenn neue Erkenntnisse über eine mögliche Gefährdung von Mensch und Umwelt vorliegen. Einige Länder wie Ungarn haben diese Schutzklausel bereits angewendet.

"Untersuchungen zeigen, dass das in relativ hoher Konzentration produzierte Insektengift über die Wurzeln der Pflanze ausgeschieden wird und sich in der Umwelt anreichern kann", sagt Professor Béla Darvas von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, der an der Greenpeace-Präsentation in Hamburg teil nimmt. "Weil niemand die langfristigen Folgen des Gen-Mais-Giftes für die Artenvielfalt in Ungarn abschätzen kann, ist der kommerzielle Anbau seit 2005 verboten."

Die Greenpeace-Literaturstudie belegt einmal mehr, dass Gentechnik nicht kontrollierbar ist. Bereits bei der Herstellung von Gen-Pflanzen kommt es zu ungeplanten Veränderungen im Erbgut und Stoffwechsel der Pflanzen. Auch der Gen-Mais MON810 wurde mit Hilfe einer so genannten Gen-Kanone geschaffen. Dabei werden Pflanzenzellen mit Metallpartikeln bombardiert, um so das zusätzliche Gen-Konstrukt (Transgen) in die Pflanze einzuschleusen. Wo das Konstrukt in der Pflanze landet, ist nicht beeinflussbar. "Die ökologischen Probleme von Gen-Pflanzen resultieren aus einer Risiko-Technologie, an der nur einige Agrarkonzerne verdienen", sagt Then. "Es ist ausgeschlossen, dass auch durch umfassende Untersuchungen die komplexen Umweltfolgen des Gen-Mais-Anbaus ausreichend abgeschätzt oder gar kontrolliert werden können."

Originaltext: Greenpeace e.V. Internet: www.greenpeace.de .
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> (der Artikel ist nicht mehr im Netz)

=====

KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

01.08.2006

DIMDI Aktuell vom 31.7.2006

Klassifikationen (ICD, OPS u.a.) ICD-10-GM Version 2007: Vorabversion beim DIMDI veröffentlicht
Die vorläufige Fassung der ICD-10-GM 2007 steht als Vorabversion ab sofort auf den Internetseiten des DIMDI zur Verfügung. Bitte beachten Sie, dass gegenüber der endgültigen Fassung noch Änderungen möglich sind.
<http://www.dimdi.de>

27.07.2005

Kohlenstoff-Feinstaub heizt Allergien an - GSF-Forscher identifizieren gefährliche Substanz aus Abgasen <http://www.presseportal.de>

20.07.2006

Umwelt-Chemikalien stören Hormonsystem EU-geförderte Forschung an Göttinger Universität beendet. Schon seit Jahren warnen Wissenschaftler vor den Gefahren hormonell wirksamer Umweltchemikalien. Nun haben die 64 Teams des Forschungsverbunds CREDO (Cluster of Research on Endocrine Disruption in Europe) ihre Ergebnisse vorgelegt. Die Universität Göttingen war damit beschäftigt, den Einfluss von pflanzlichen Östrogenen sowie von Pestiziden, die die Wirkung von Testosteron hemmen, zu untersuchen. Dabei konnten sie zum Teil erhebliche Effekte und Wirkzusammenhänge erkennen.
<http://www.med.uni-goettingen.de>
<http://www.presstext.ch/pte.mc?pte=060720027>

10.07.2006

Gehirn kann sich jahrelang nach Schaden regenerieren

Zerstörte Verbindungen zwischen Nervenzellen im Gehirn können sich über längere Zeit erneuern als gedacht. Das haben US-Forscher bei einem Patienten entdeckt, der nach 19 Jahren im Koma wieder aufgewacht ist und anschließend sprechen konnte.
http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=412402,4613,/medizin/gehirn_nerven

Parkinson durch pränatale Insektizid-Exposition

Atlanta - Nachdem kürzlich eine viel beachtete Studie zu dem Ergebnis kam, dass die Exposition mit Pestiziden im Erwachsenenalter das Risiko auf einen Morbus Parkinson erhöhen könnte, ... [mehr]
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=18031&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

04.07.2006

Unterschätzt: Die Regeneration des Gehirns

Ann Arbor (ddp). Zerstörte Verbindungen zwischen den Nervenzellen im Gehirn können sich besser erneuern als gedacht. Das hat ein Forscherteam aus den USA und Neuseeland entdeckt, als es die Gehirnfunktionen eines Patienten untersuchte, der 19 Jahre...
<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=7&d=5&id=123459>

29.06.2006

Studie: Lärm mindert Leistungen in Schule und Beruf

Berlin - Umgebungslärm kann laut einer Studie zu massiven Leistungsstörungen in Schule und Beruf führen. Deshalb müsse sich die Politik stärker für Lärm-Vermeidung im öffentlichen und ... [mehr]
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=17904&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Orangensaft - Fast jeder zweite ist "mangelhaft"

Mit frisch gepresstem Orangensaft kann kein Saft aus der Flasche oder dem Getränke-Karton geschmacklich mithalten. Säfte aus Konzentrat zeigen vor allem Probleme mit der Rückverdünnung. Das ursprüngliche Aroma sonnengereifter Apfelsinen ist bei vielen nicht wieder hergestellt. Acht erhielten deswegen ein "Mangelhaft". Insgesamt sind 10 von 24 Säften "mangelhaft" und hätten nicht in den Handel gelangen dürfen. STIFTUNG WARENTEST online zeigt die guten und die schlechten Orangensäfte.

Zum vollständigen Test»

<http://www.nl.test.de/newsletter2/out/p.php?a=ccb0cae19c646755a563091ff46dbdcd203561>

28.06.2006

Institut warnt: Kein Hausputz mit Bioziden!

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat vor einem unbedachten Einsatz von Haushaltsreinigern mit Bioziden gewarnt. Biozide Wirkstoffe wie Triclosan sollten der Desinfektion in Krankenhäusern und Arztpraxen vorbehalten bleiben, so das BfR.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=410076.4596./medizin/umweltmedizin>

Feinstaub: EU-Staaten wollen Richtlinie später einhalten

Seit Jahren wird in der Europäischen Union über Maßnahmen gegen das Umweltgift Feinstaub gerungen. Doch die Umsetzung von Richtlinien gestalten sich kompliziert. Jetzt wollen die EU-Staaten sich drei weitere Jahre Zeit geben, um die Grenzwerte einzuhalten. mehr...

<http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,423907,00.html>

27.06.2006

Pestizidanwendung fördert Parkinson

Studie belegt 70 Prozent erhöhtes Risiko <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=060627038>

Und/oder

Schadstoffbelastung: Pestizide begünstigen Parkinson

Wer im Beruf oder bei Gartenarbeit mit Pestiziden in Berührung kommt, hat ein höheres Risiko an Parkinson zu erkranken. In der ersten groß angelegten Untersuchung zu diesem Zusammenhang fanden US-Mediziner heraus: Das Gift erhöht die Wahrscheinlichkeit um 70 Prozent. mehr...

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,423708,00.html>

und/oder

Studie: Parkinson durch Pestizide

Boston - Die Exposition mit Pestiziden im Beruf oder in der Freizeit scheint das Erkrankungsrisiko auf einen Morbus Parkinson zu erhöhen. Basierten die diesbezüglichen Vermutungen bisher ... [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=17835&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

21.06.2006

EU: Strengere Grenzwerte für Feinstaub

Brüssel - Die EU-Feinstaubrichtlinie soll künftig praktikabler werden. Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments (EP) stellte heute in erster Lesung die Weichen für eine Neufassung <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=17784&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

16.06.06

WHO-Bericht zu Umweltrisiken

24 Prozent aller Krankheiten weltweit sind durch Umweltfaktoren bedingt, die durch gezielte Programme zu vermeiden wären. Dies schreibt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in einem Bericht, der heute veröffentlicht wird.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=408607.4575./medizin/umweltmedizin>

Anmerkung Scherrmann Ich denke, wenn man die "verdeckten Risiken" (wie z. B. Genschaeden durch Umweltfaktoren, ..) mitrechnet, dann werden es mit Sicherheit mehr als 24 % sein. Aber auch 24 Prozent sind viel. Mit diesem WHO-Bericht laesst sich argumentieren.

13.06.2006

Feuchtes Toilettenpapier löst Allergien aus Ursache sind Duft-, Farb- und Konservierungsstoffe

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=060614021>

06.06.2006

USA: Immer mehr Kinder mit Psychopharmaka behandelt

New York - In den USA hat sich die Zahl der Kinder, die mit Psychopharmaka behandelt werden, im letzten Jahrzehnt versechsfacht. Neben den ADHS-Medikamenten werden zunehmend auch atypische ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=17594&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Anmerkung: Wie es aussieht, hinkt Deutschland hierbei den USA zwar hinterher, doch auch hierzulande werden immer mehr Kinder mit Psychopharmaka behandelt.

=====

PRESSEMITTEILUNGEN unterschiedlicher Organisationen

Von Coordination gegen BAYER-Gefahren

23. Juni 2006

umstrittene Menschen-Versuche mit Agrogiften: - US-Regierung spricht Regeln für Pestizid-Tests mit Industrievertretern ab

Die US-Regierung hat im vergangenen Jahr mit Vertretern der chemischen Industrie die Gesetzgebung zu Menschenversuchen mit Pestiziden abgesprochen. Dies belegen Gesprächsprotokolle, die von dem Umweltverband Public Employees for Environmental Responsibility (PEER) veröffentlicht wurden. Demnach griff die Administration verschiedene Wünsche der Pestizid-Hersteller auf. Insbesondere wurde in dem Anfang des Jahres vorgelegten Gesetz die Möglichkeit eröffnet, Versuche auch an Kindern und schwangeren Frauen durchzuführen. Dies war zuvor nicht nur von Umweltverbänden, sondern auch vom amerikanischen Kongress abgelehnt worden.

An dem Treffen am 9. August 2005 nahmen neben Vertretern der Regierung und der Umweltbehörde EPA auch der amerikanische Verband der Pestizid-Produzenten, CropLife, sowie der BAYER-Konzern teil. BAYER, führender Produzent gefährlicher Agrogifte, drängt seit Jahren darauf, Versuche mit Pestiziden direkt am Menschen durchführen zu dürfen.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren: „BAYER nahm als einziges

Unternehmen an dem Treffen mit der US-Regierung teil. Dies belegt, dass der Konzern zu den treibenden Kräften bei der Zulassung dieser hochgefährlichen Tests gehört. Zynischer Weise ist das Ziel dieser Versuche die Lockerung der Pestizid-Grenzwerte in der Nahrung“.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren bezeichnet den übermäßigen Einfluss großer Unternehmen auf Gesetzgebungsverfahren als undemokratisch. „Es ist nicht hinnehmbar, dass die amerikanische Regierung die Wünsche der Pestizid-Hersteller aufgreift, während Umweltschützer und Gewerkschaften außen vor bleiben“, so Mimkes weiter.

Die Clinton-Regierung hatte der EPA verboten, die Ergebnisse solcher Versuche zu verwenden. Ebenfalls unter Clinton hatte der US-Kongress mit dem „Food Quality and Protection Act“ strengere Grenzwerte für Pestizide in der Nahrung erlassen. Gerade deutsche Chemiefirmen wie BAYER und BASF wollen die schärferen Grenzwerte zu Fall bringen.

Mit den geplanten Menschenversuchen verstoßen BAYER und andere Pestizid-Hersteller auch gegen den Nürnberger Kodex von 1947, der Tests an Menschen nur dann zulässt, wenn „Ergebnisse für das Wohl der Gesellschaft“ zu erwarten sind. Weder den Versuchspersonen noch der Allgemeinheit dienen die Versuche hingegen. „Bayer hat wohl verdrängt, dass der Kodex das Ergebnis der grauenvollen Menschenversuche im Dritten Reich war, zu deren Auftraggebern damals auch BAYER gehörte“, so Philipp Mimkes. „Es ist nicht akzeptabel, dass ein Chemie-Gigant wie BAYER hochgefährliche Pestizide an Menschen ausprobiert“, ergänzt Richard Dixon, Forschungsleiter der internationalen Umweltschutzorganisation Friends of the Earth. „Schlimmer ist aber noch der Versuch, die internationale Ächtung solcher Tests auszuhebeln.“

weitere Informationen:

Protokolle der Gespräche von US Regierung und Pestizidindustrie (engl.)

Umstrittene Menschenversuche (Spiegel Online)

Bayers Menschen-Pestizidtests (taz)

US-Umweltbehörde erlaubt Pestizidversuche am Menschen (Die Welt)

US Kongressabgeordnete sprechen sich gegen Menschenversuche aus (engl.)

Coordination gegen BAYER-Gefahren www.CBGnetwork.org

Vom BUND:

09.07.06

30 Jahren nach Seveso - Sicherheitsstandards von Industrieanlagen weiter unzureichend

Berlin (ots) - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des Chemieunfalls in Seveso die Sicherheitsstandards für Industrieanlagen kritisiert. Nach dem verheerenden Unglück in Italien seien zwar die gesetzlichen Vorgaben erweitert worden, allerdings gäbe es erhebliche Vollzugs- und Informationsdefizite. Die Behörden seien personell noch immer nicht in der Lage, die große Anzahl der Anlagen wirksam zu kontrollieren. Anwohner würden über Risiken und ihr Verhalten bei Notfällen zu wenig aufgeklärt. Inakzeptabel sei auch, dass der Öffentlichkeit aufgrund angeblicher Sicherheitsbedenken die Einsicht in die Liste der gefährlichen Betriebe verwehrt werde. Zudem seien die europäischen Sicherheitsstandards für die meisten Anlagen in Deutschland nicht anwendbar, da sie nur für Betriebe mit sehr hohen Produktionsmengen von gefährlichen Chemikalien gelten würden.

Am 10.7.1976 wurde in der Ortschaft Seveso aus einem Reaktor des Chemikalienherstellers ICMESA hochgiftiges Dioxin freigesetzt, in dessen Folge Mensch und Umwelt weiträumig verseucht wurden.

Angelika Horster, BUND-Chemieexpertin und Vertreterin der Umweltverbände in der Nationalen Kommission für Anlagensicherheit:

"Immer wieder heißt es bei Unfällen in Industrieanlagen, es gebe keine Gefahr für die Nachbarschaft. Wer genaue Informationen über die in den Betrieben hergestellten Chemikalien bekommen will, muss ein langwieriges Antragsverfahren durchlaufen. Selbst bei Freisetzungen oder Bränden werden Stoffinformationen ganz oder teilweise zurückgehalten. Oft weiß dann nicht einmal die Feuerwehr, was da brennt oder freigesetzt wurde."

So habe es beispielsweise im Mai dieses Jahres in der Shell-AG in Köln einen Chemieunfall gegeben, in dessen Folge sich eine Wolke von gesundheitsschädlichem Mercaptan gebildet hatte. Shell behauptete kurz nach dem Unfall, bei den entwichenen Chemikalien handele es sich nicht um gefährliche Substanzen. Die Wolke führte jedoch bei Schülern im 30 Kilometer entfernten Lohmar zu starken Beschwerden, so dass diese im Krankenhaus behandelt werden mussten.

Ein gravierendes Problem für den vorsorgenden Schutz vor gefährlichen Chemikalien stelle zudem der Mangel an Daten über Zehntausende von in der EU hergestellten Substanzen dar. Diese Lücke müsse dringend durch die europäische Chemikalienreform REACH (Registrierung, Evaluierung, Autorisierung von Chemikalien) geschlossen werden. Der derzeitige Gesetzentwurf verlange jedoch auch künftig von den Herstellern keine ausreichenden Informationen über Eigenschaften und Verwendung dieser Chemikalien. Der BUND forderte die deutschen EU-Abgeordneten auf, den Entwurf nachzubessern.

Originaltext: BUND

Pressekontakt: Angelika Horster, BUND-Chemikalienexpertin, angelika.horster@t-online.de bzw. Carolin Zerger, BUND-Chemiesprecherin, carolin.zerger@bund.net; Internet: www.bundgegengift.de

*

25.06.06

Kritik an Föderalismusreform / Wettstreit der Länder um niedrige Umweltstandards

Berlin (ots) - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) kritisiert die heutige Einigung der schwarz-roten Koalition bei der Föderalismusreform. Beim Umweltrecht würden die Länder ihren Horizont unnötig einengen. "16 Bundesländer werden jetzt einen Wettlauf um niedrige Umweltstandards beginnen. Es wäre besser, wenn bei so wichtigen Grundgesetzänderungen Sorgfalt vor Schnelligkeit ginge", sagte BUND-Geschäftsführer Gerhard Timm.

Das Reformpaket zum Föderalismus enthalte keine klaren Regeln für den Umwelt- und Naturschutz, kritisierte Timm. Damit werde die Chance auf ein modernes und übersichtliches Umweltrecht vergeben. Das von der Koalition anvisierte Ziel, die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern zu entflechten, werde verfehlt. Durch die Reform erhielten die Länder Abweichungsrechte, mit denen sie Bundesrecht brechen könnten. Damit würden wichtige Regelungen im Umwelt- und Naturschutz den Ländern überlassen. Investoren würden dann dorthin ausweichen, wo die geringsten Umweltschutzaufgaben existierten.

Bereits am Donnerstag hatten die Länderministerpräsidenten und Bundeskanzlerin Merkel der Föderalismusreform ihre Zustimmung erteilt. Aus diesem Anlass hatte der BUND 16 Gartenzwerge und ein großes Plakat mit den Konterfeis der für die Reform verantwortlichen Franz Müntefering und Edmund Stoiber vor das Kanzleramt gestellt.

"Föderalismusreform - Wir haben fertig: Umweltschutz im Zwergenstaat" war auf dem Plakat zu lesen.

Timm: "Vor einem Monat sind sich im Umweltausschuss noch alle Parteien einig gewesen, dass die Reform so nicht geht. Selbst Bundeswirtschaftsminister Michael Glos befürchtet eine zunehmende Rechtsunsicherheit. Hinzu kommt, dass die Reform in ihrer jetzigen Form die europäische Integration untergräbt. Die Abweichungsrechte der Länder torpedieren geltende Umweltstandards und vermehren die Zahl künftiger Rechtsstreitigkeiten."

Es sei zu befürchten, dass es in Zukunft zahlreiche Vertragsverletzungsverfahren geben werde. Der BUND appellierte an die Politiker aller Parteien, ihre Haltung zur Föderalismusreform zu überdenken. Sie hätten die Möglichkeit, die für die Reform erforderliche Grundgesetzänderung zu verschieben.

Bild der Demonstration "Föderalismusreform: Umweltschutz im Zwergenstaat!" (Quelle: BUND) zum Download unter: <http://www.bund.net>

29.06.06

1,5 Millionen mehr Arbeitsplätze im Umweltsektor möglich - Umweltverbände übergeben Studie an Gabriel

Berlin (ots) - Wenn die Bundesregierung entsprechende Rahmenbedingungen schafft, kann durch ökologische Innovationen die Zahl von heute 1,5 Millionen Beschäftigten im Umweltbereich bis 2020 verdoppelt werden. Das ist das Ergebnis einer Studie, die Bundesumweltminister Sigmar Gabriel heute von Angelika Zahrt, Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), in Berlin erhielt. Die Analyse mit dem Titel "Umwelt und Beschäftigung 2006" ist ein Gemeinschaftswerk vom BUND, dem Deutschen Naturschutzring (DNR) und dem Naturschutzbund NABU.

"Der Umweltschutz ist ein bedeutender und stabilisierender Faktor für den deutschen Arbeitsmarkt geworden. Rund vier Prozent aller Beschäftigten arbeiten heute in diesem Bereich. Das sind mehr als zum Beispiel in der Automobilindustrie. Und das Potential ist längst nicht ausgeschöpft. Unsere Studie zeigt: Wenn die Bundesregierung zum ökologischen Innovationsmotor wird, werden im Jahr 2020 drei Millionen Menschen im Umweltschutz arbeiten können", sagte die BUND-Vorsitzende.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel: "Die wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Effekte des Umweltschutzes sind beeindruckend. Die Zahlen zeigen einmal mehr, dass es sich beim Umwelt- und Ressourcenschutz um Wachstumsmärkte mit enormen Potenzialen handelt. Klimaschutz, Energie- und Ressourceneffizienz oder nachhaltige Mobilität sind längst nicht mehr nur ökologische Herausforderungen, sondern auch ökonomische Zukunftsthemen. Mit einer anspruchsvollen und berechenbaren Umweltpolitik werden wir auch weiterhin die Rahmenbedingungen für Wachstum, Beschäftigung und Innovationen sichern."

Hubert Weinzierl, Präsident des DNR: "Deutschland wird in der Welt zwar als Öko-Vorreiter gesehen, die Umweltzerstörung beispielsweise durch den hohen Öl- und Kohleverbrauch geht aber auch bei uns weiter. Ressourcen schonen und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen - das muss die Devise der Zukunft sein. Deshalb brauchen wir ein Gesetz, das bei der Wärmeerzeugung den Ersatz von Öl und Gas durch erneuerbare Energien gezielt fördert und so einen dem Erneuerbare-Energien-Gesetz vergleichbaren Boom auslöst."

Prognosen besagen, dass 2020 weltweit 250 Milliarden Euro in erneuerbare Energien investiert werden. Die heimische Wirtschaft und der deutsche Arbeitsmarkt könnten davon in hohem Maße profitieren. Wenn die Bundesregierung das Potential der Erneuerbaren im Strom- und im Wärmesektor voll ausschöpfe, könnten bis dahin allein durch den Ausbau von Wind-, Sonnen- und Biomasseenergie 500000 Arbeitsplätze in Deutschland vorhanden sein. Ein noch größeres Arbeitsplatzpotential habe die Verbesserung der Ressourceneffizienz bei Produkten und Dienstleistungen. Bis zu einer Million Beschäftigungsverhältnisse wären in diesem Bereich längerfristig möglich.

Olaf Tschimpke, NABU-Präsident: "Der Ökolandbau schafft derzeit 35 Prozent mehr Arbeitsplätze als die industrielle Landwirtschaft. Das Arbeitsplatzpotential liegt nur bis 2010 bei 160000 neuen Beschäftigungsverhältnissen. Eine Agrarwirtschaft nach den Kriterien des Tier- und Naturschutzes eröffnet vielen Landwirten erst wieder eine Zukunft."

Die Studie "Umwelt und Beschäftigung 2006" sowie eine Zusammenfassung ist unter <http://www.umweltbeschaefigt.de> erhältlich.

Originaltext: BUND

Daniel Unsöld, BUND-Referent für Nachhaltigkeit:

Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher:

E-Mail: presse@bund.net

Internet: www.bund.net

Von Greenpeace/Schweiz:

21.6.2006 **Greenpeace kämpft juristisch für reine Luft**

Greenpeace will die Behörden juristisch dazu bringen, Massnahmen gegen die Luftverschmutzung zu ergreifen. Neun Privatpersonen klagen deshalb mit Unterstützung der Umweltschutzorganisation ihr «Recht auf gute Luft» ein.

Da in der Schweiz für die Luftreinhaltung kein Klageanspruch besteht, stützt sich Greenpeace auf die Europäische Konvention für Menschenrechte (EMRK). Die Kläger verlangen deshalb in einem ersten Schritt von städtischen und kantonalen Behörden Massnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte, wie die Umweltschutzorganisation vor den Medien in Zürich erklärte.

Erst wenn die Behörden den Forderungen nicht nachkommen, würde der juristische Weg offenstehen. Bei der nächst höheren Instanz könnten dann die Kläger versuchen, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Schutz vor Beeinträchtigungen geltend zu machen.

Die neun zur Klage bereiten Personen richten ihre Forderungen diese Tage an die städtischen Behörden in Bern, Zürich und Winterthur sowie an die Kantone Aargau, Bern, Schwyz und Zürich. Die darauf folgende Klage würde dann an ein kantonales Gericht gerichtet.

Gemäss Greenpeace sind die Klägerinnen und Kläger bereit, ihr Anliegen bis an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg weiterzuziehen. Dort rechnet sich die Umweltschutzorganisation auch Chancen aus, mit einer Klage durchzukommen.

Cyrrill Studer von Greenpeace verwies in diesem Zusammenhang auf einen ähnlich gelagerten Fall in Deutschland, wo Behörden juristisch zur Verbesserung der Luftqualität verpflichtet wurden. Als Erfolg würde Greenpeace es aber bereits werten, wenn ein Schweizer Gericht nur schon den Klageanspruch anerkennen würde.

Die neun Klägerinnen und Kläger haben sich auf einen Aufruf von Greenpeace hin gemeldet. Sie sehen sich alle als Direktbetroffene, weil die Luftverschmutzung sie beruflich oder persönlich beeinträchtigt. Zum Teil leiden die Kläger unter Beschwerden, die ärztlich attestiert worden sind.

http://www.espace.ch/artikel_226609.html

=====

INFORMATIONEN der INDUSTRIE

Vom Druckerhersteller Lexmark

21.06.06

Umweltbewusstsein am Arbeitsplatz nimmt zu

Dietzenbach (ots) -

Querverweis: Die Ergebnisse der Befragung in sechs europäischen Ländern liegen in der digitalen Pressemappe zum Download vor und sind unter <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=838630> abrufbar

Neue internationale Studie des Druckerherstellers Lexmark dokumentiert steigendes Umweltbewusstsein am Arbeitsplatz

Der international tätige Druckerhersteller Lexmark hat eine Studie veröffentlicht, die das Umweltbewusstsein von Angestellten in Europa untersucht. Insgesamt 2.837 Angestellte wurden in der von Ipsos durchgeführten Studie zum Papierverbrauch im Büro und zum Umweltschutz am Arbeitsplatz befragt. Die Studie zeigt, dass Mitarbeiter Papierverschwendung im Unternehmen durchaus wahrnehmen, sich selbst aber nicht dafür verantwortlich fühlen. Die Mehrheit ist sich auch der Folgen für Umwelt sowie der Kosten bewusst und hat im persönlichen Bereich bereits damit begonnen, weniger Abfall zu erzeugen.

Während in Europa jährlich 696 Mrd. Seiten unnötig gedruckt werden*, sind nach der Lexmark Studie 74 % der Mitarbeiter in Unternehmen bemüht, weniger Papiermüll zu erzeugen. Nur 5 % der Befragten glauben immer noch, dass unnötige Ausdrücke weder Folgen für die Umwelt haben noch Kosten verursachen.

Mehr als die Hälfte der europaweit Befragten (52 %) behaupten, dass im Unternehmen sehr viel überflüssige und teure Ausdrücke entstehen. Nur ein Viertel (26 %) der Befragten ist sich sicher, dass sie selbst keine unnötigen Ausdrücke erstellen. Die Studie zeigt außerdem, dass immerhin 20 % der Unternehmensmitarbeiter nicht wissen, wie sie selber unnötige Ausdrücke vermeiden können.

Jung, männlich und sorglos

Die Studie enthüllt auch das Profil des typischen Papierverschwenders in Deutschland. 28 % der befragten Männer geben an, unnötige Ausdrücke zu produzieren, verglichen mit 25 % der Frauen. Insgesamt drucken Mitarbeiter im Alter zwischen 18 und 34 Jahren am Tag erstaunliche 47 Blatt, Mitarbeiter über 50 Jahren drucken lediglich 33 Blatt am Tag. Im europäischen Durchschnitt sind es über alle Altersgruppen 34 Seiten.

Die Altersgruppe der über 50-Jährigen hält sich im Übrigen für besonders umweltbewusst: Nur 25 % der Befragten dieser Altersgruppe räumen ein, selber unnötige Ausdrücke zu erstellen.

Grün, grüner, am grünsten

Betrachtet man die Ergebnisse der einzelnen Länder, behaupten 85 % der Befragten in Italien, dass sie versuchen, Papierverschwendung weitestgehend zu vermeiden. Die Schweden, die ja als Vorreiter in der Umweltpolitik gesehen werden, liegen in dieser Frage überraschenderweise weit zurück: Nur 70 % der Befragten sagen, dass sie persönlich Papiermüll vermeiden, und 8 %, so viel wie in keinem anderen Land, sind der Meinung, dass diese überflüssigen Ausdrücke weder Kosten noch Umweltschäden verursachen.

Es wird Zeit, die Papierverschwendung einzudämmen

Obwohl 94 % der europaweit Befragten sich der Folgen unnötiger Ausdrücke bewusst sind, besteht eine große Diskrepanz zwischen dem Erkennen des Problems und der Bereitschaft, zur Lösung beizutragen. Denn obwohl das Bewusstsein der dadurch entstehenden Umweltprobleme und Kosten vorhanden ist, erstellt jeder Angestellte in europäischen Unternehmen täglich immerhin 34 Ausdrücke, von denen 17 % überflüssig sind.

Diese Verschwendung kostet Unternehmen in Europa mindestens 1,4 Mrd. Euro**. Das entspricht ungefähr einer Energiemenge von 10 Mrd. KWh oder mehr als 655.000 Tonnen CO2***.

Es ist das erklärte Ziel von Lexmark, umweltbewusste Unternehmen dabei zu unterstützen, durch leistungsfähige und umweltfreundliche Drucklösungen die Umwelt zu entlasten und Kosten zu sparen. Als Vorreiter in der Umsetzung nachhaltiger Unternehmenspraktiken investiert Lexmark umfangreich und erfolgreich in beispielhafte Umweltschutzprogramme. Dies bedeutet, dass Lexmark Drucklösungen entwickelt, mit denen Unternehmen den Verbrauch von Papier, Tinten, Toner und Energie in allen Unternehmensbereichen reduzieren können. Dies spart Energie und verringert die Abfallmengen. Altgeräte werden überdies zurückgenommen und umweltgerecht recycelt. All dies hilft der Umwelt und den Kunden von Lexmark.

"Es ist gut, dass Mitarbeiter in Unternehmen die Folgen von Papierverschwendung mittlerweile erkennen", kommentiert Eamon Ryan, Vice President & General Manager von Lexmark EMEA, die Untersuchung. "Aber ein Ergebnis ist auch, dass noch viel Aufklärungsarbeit nötig ist, um den Mitarbeitern dabei zu helfen, effizienter zu drucken und so die Umwelt zu entlasten."

.....

Originaltext: Lexmark Deutschland GmbH
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=13550>

Pressekontakt: Lexmark Deutschland GmbH Norbert Neumann E-Mail: norbert.neumann@lexmark.de

Anmerkungen Scherrmann: Einiges an dieser Pressemitteilung und der zugrunde liegenden Studie ist m. E. bemerkenswert:

- 1) Lexmark argumentiert mit Umweltbewusstsein, bzw. umweltbewusstem Verhalten. Lexmark sieht darin durchaus ein zunehmendes Marktpotential.
- 2) Der Papierverbrauch ist natürlich nur ein klitzekleiner Punkt im Bereich "Umweltbewusstsein".
- 3) Die Rollen- und altersspezifischen Unterschiede sind auffällig. Diese Unterschiede dürfte es auch in anderen Bereichen des Umweltbewusstseins geben.
- 4) Die Diskrepanz zwischen Umweltbewusstsein und umweltbewusstem Handeln wird hier deutlich aufgezeigt.
- 5) Es wäre wünschenswert, dass die Produkthersteller in vielen Bereichen umweltfreundlichere Produkte entwickeln.

=====

INFORMATIONEN, weitere

AUS G+G Blickpunkt Juli 2006, newsletter der AOK

Selbst glühende Befürworter des Systems der privaten Krankenversicherung müssten sich eigentlich fragen, wie es die Branche denn mit der Solidarität gegenüber kranken Menschen hält. Nicht erst eine Umfrage der Bundespsychotherapeutenkammer deutet darauf hin, dass den Versicherungsunternehmen Kunden mit potenziellen gesundheitlichen Risiken äußerst suspekt sind. Ähnliche Erfahrungen haben schon viele Menschen machen müssen, die nach Herzinfarkt, Krebs oder Diabetes vergeblich Einlass in die scheinbar so heile Welt der privaten Krankenversicherung begehrten. Es lässt sich ganz einfach nicht übersehen, dass private Krankenversicherer in erster Linie auf ihre Gewinnmarge – wenn auch vielleicht eine begrenzte – achten. Dieses Beispiel macht deutlich, wohin ein Wettbewerb um Gesunde auch in der gesetzlichen Krankenversicherung führen könnte. Bei ihren weiteren Entscheidungen über die Gesundheitsreform sollte die Regierungskoalition nicht vergessen, dass die Kranken nun einmal auf die Solidarität der Gesunden angewiesen sind. (JB)

Kommentiert:

■ Werden psychisch Kranke wie Aussätzige behandelt?

Die meisten Unternehmen der privaten Krankenversicherung schließen psychisch Kranke offenbar aus. Nach Angaben der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) ergab eine von ihr gestartete Umfrage, dass 40 von 48 privaten Anbietern grundsätzlich nicht bereit sind, psychisch kranke Menschen gegen Krankheitsrisiken zu versichern. Die übrigen acht befragten privaten Krankenversicherungen hätten dazu überhaupt keine oder nur vage Angaben gemacht. Nach Aussage von BPtK-Präsident Professor Rainer Richter hätten neun private Anbieter selbst dann eine Aufnahme potentieller Interessenten abgelehnt, wenn die psychische Erkrankung erfolgreich behandelt worden sei oder schon Jahre zurückliege. Andere Unternehmen legten diesem Personenkreis hohe Hürden beim Abschluss eines Versicherungsvertrages in den Weg. Häufig müsse die psychische Erkrankung mindestens fünf oder gar zehn Jahre zurückliegen.

Wer beispielsweise als Schüler wegen einer Aufmerksamkeitsstörung mit Ritalin behandelt worden sei, gefährde in späteren Jahren seine Versicherungsfähigkeit.

Wer an Depressionen, Schizophrenie oder anderen psychotischen Erkrankungen leide, stehe meistens für immer vor den Türen der privaten Krankenversicherung.

Info: www.bptk.de/show/186660.html

■ Neues Bündnis für Versorgungsforschung

Die Bundesregierung und die Sozialversicherungsträger haben eine Vereinbarung über die Förderung der versorgungsnahen Forschung geschlossen. Beteiligt sind die Bundesministerien für Bildung und Forschung, für Gesundheit sowie für Arbeit und Soziales, die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen und der Verband der privaten Krankenversicherung und die Deutsche Rentenversicherung.

Vereinbart wurde, die Forschung im Bereich "Chronische Krankheiten und Patientenorientierung" gemeinsam zu unterstützen und den Erkenntnistransfer im Bereich der Versorgungsforschung für eine bessere Patientenversorgung zu nutzen. Dafür wollen die Partner der Vereinbarung in den nächsten sechs Jahren rund 21 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Informationen können per E-Mail unter der Adresse gesundheitsforschung@dlr.de beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), Projektträger im DLR Gesundheitsforschung, angefordert

werden.

Info: Webadresse nicht mehr oder unter geänderter Adresse im Netz

■ **AOK unterstützt Initiative für Rauchverbot in der Öffentlichkeit**

Die Gesundheitskasse befürwortet ein Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen und in der Gastronomie. Ein besserer Schutz der Nichtraucher sei längst überfällig. Angesichts der Gefahren durch Passivrauchen sei es fahrlässig, weiter auf freiwillige Lösungen zu setzen. Der AOK-Bundesverband unterstütze deshalb eine Gesetzesinitiative der SPD-Bundestagsfraktion für ein Rauchverbot in Gaststätten und in öffentlichen Einrichtungen. Sie soll als Gruppenantrag schon kurz nach der Sommerpause in den Bundestag kommen, kündigte die drogenpolitische Sprecherin der SPD im Bundestag, Margrit Spielmann an. Parlamentarier von Union und Grüne hätten bereits Zustimmung signalisiert.

Pressemitteilungen vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG)

Studie zur Toxizität von aluminiumhaltigen Schweißrauchen

Aluminiumhaltige Schweißrauchen haben keine neurotoxische Wirkung, das ist das Ergebnis einer neuen Studie, die sich mit der Toxizität von aluminiumhaltigen Schweißrauchen im Bereich des zentralen Nervensystems und der Atemwege befasst. Bei den untersuchten Schweißern lagen die Messwerte der Schadstoffkonzentration sowohl in der Luft, als auch im biologischen Material mehrfach über den Grenzwerten. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass die Lungen und die Atemwege das primäre Zielorgan sind. Die Studie wurde vom BG-Fachausschuss „Metall und Oberflächenbehandlung“ initiiert. [Url steht nicht mehr oder mit geänderter Adresse im Internet](#)

Weitere Informationen zu anderen Studien mit Erkenntnissen zur Thematik „Schadstoffe in der Schweißtechnik“ sind unter [\(Bereiche: Prävention/Gesundheitsschutz/Schadstoffe in der Schweißtechnik\)](#) zusammengestellt. Die angegebene Webadresse steht nicht mehr oder unter geänderter Adresse im Netz.

Studie zur Toxizität von aluminiumhaltigen Schweißrauchen

Online-Portal Gefahrstoffwissen

Das neue Portal <http://www.gefahrstoffwissen.de> der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie (BG-Chemie) bietet in vier interaktiven Lernprogrammen Basiswissen für den sicheren, betrieblichen Umgang mit Gefahrstoffen. Das Portal ist branchenübergreifend angelegt. Vor allem Verantwortliche und Beschäftigte aus kleinen und mittleren Unternehmen können sich so über die Anforderungen der neuen Gefahrstoffverordnung und die für die Umsetzung erforderlichen Maßnahmen informieren.

*

Broschüre: „Laserdrucker sicher betreiben“

Mit der Vielfalt angebotener Laserdrucker und verschiedensten Testberichten in den Medien beschäftigt sich die neue 13-seitige Download-Broschüre „Laserdrucker – sicher betreiben“ (BGI 820) der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft. Behandelt werden unter anderem die Themen: Funktionsprinzip des Laserdruckers, Tonerpulver (Anforderungen und Inhaltsstoffe), Emissionen der Laserdrucker (Tonerpulver-Prüfungen, Vor-Ort-Messungen, Feinstaub), Hinweise zu Aufstellung und Betrieb, Recycling von Tonerkartuschen sowie Beschaffung. <http://www.vbg.de/imperia/md/content/produkte/downloads/laserdrucker.pdf>

Neue Broschüren des HVBG

- Dokumentation des Berufskrankheiten-Geschehens in Deutschland

Über Berufskrankheiten-Verfahren der Unfallversicherungsträger bei Erkrankungen durch Quarzstaub und Asbest, bei obstruktiven Atemwegserkrankungen sowie bei Hautkrankheiten und deren Ergebnisse unter mittel- und längerfristigen Aspekten informiert die neue Broschüre des HVBG "Dokumentation des Berufskrankheiten-Geschehens in Deutschland". Die Broschüre umfasst einen

Zeitraum von 26 Jahren und macht Entwicklungen, Trends und Tendenzen bei Berufskrankheiten sichtbar, die sich erst bei Betrachtung längerer Intervalle erschließen lassen. Sie kann mit Angabe von Name und Adresse unter info@hvbg.de kostenlos angefordert werden.

- BGIA-Jahresbericht 2005

Die aktuelle Arbeit des Berufsgenossenschaftlichen Instituts für Arbeitsschutz – BGIA auf den Gebieten Forschung und Entwicklung, Prüfung, Zertifizierung und Normung sowie im Bereich betrieblicher Messungen und Beratungen beschreibt der BGIA-Jahresbericht 2005. Auch Kooperationen mit Hochschulen und im internationalen Rahmen sind Themen des Berichts. Ein inhaltlicher Schwerpunkt liegt außerdem auf den Veranstaltungen zum Jubiläum „Ein Jahrhundert BG-Forschung - 25 Jahre BGIA“. Eine Internetfassung des BGIA-Jahresberichtes steht unter <http://www.hvbg.de/code.php?link=2053397> zur Verfügung. Die Broschüre kann über [bgia-info@hvbg.de](mailto:info@hvbg.de) kostenlos bestellt werden.

Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) Alte Heerstraße 111 Internet: <http://www.hvbg.de>

=====

RECHT

BSG: Zur Anerkennung und Entschädigung einer Berufskrankheit

Nach einem Urteil des BSG ist die Entschädigung einer Polyneuropathie als Berufskrankheit nach Nr. 1317 Anl. BKV (Polyneuropathie oder Enzephalopathie durch organische Lösungsmittel oder deren Gemische) oder gemäß § 551 Abs. 2 RVO vom Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles abhängig. Quelle: Pressemitteilung Nr. 36/06 des BSG vom 30.06.2006 Die pdf-Datei erhalten Sie ueber Scherrmann@safer-world.org

Neue Vorschriften des Bundes:

Chemikalien und Gefahrstoffe

TRGS 401 - Technische Regeln für Gefahrstoffe – Gefährdung durch Hautkontakt - Ermittlung, Beurteilung, Maßnahmen

Vom 1. Mai 2006, BArbBl. 5-2006 S. 42 <http://www.UMWELTdigital.de/182075>

=====

TERMINE

Internationaler Kongress

20 Jahre Leben mit Tschernobyl - Erfahrungen und Lehren für die Zukunft

14.-17. September 2006

Montforthaus, A-6803 Feldkirch, Vorarlberg, Österreich

Programm und Anmeldung auf www.ohsi.de

Int. Kongress: 20 Jahre Leben mit Tschernobyl, Feldkirch 2006

Schirmherr: Dr. Herbert Sausgruber, Landeshauptmann von Vorarlberg

Veranstalter

Otto Hug Strahleninstitut – MHM e. V., München, Deutschland www.ohsi.de

Land Vorarlberg, Österreich

Österreichische Ärztekammer, Wien, Österreich www.aerztekammer.at

Deutscher Verband für Tschernobyl-Hilfe e. V., München, Deutschland www.dvth.de

Stiftung „Ein Herz für krebserkrankte Kinder“, Dudelange, Luxemburg www.kribskrankanner.lu

„Kinder von Tschernobyl“ Stiftung des Landes Niedersachsen, Hannover, Deutschland

Programmkoordination und Anmeldung

Prof. Dr. Edmund Lengfelder

Strahlenbiologisches Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München
Schillerstraße 42
D-80336 München
Email: lengfelder@lrz.uni-muenchen.de
Fax: +49-89-218075-835

Hinweis: Der Kongress wird von der Österreichischen Ärztekammer und mehreren
Ärzteorganisationen der Schweiz als
ärztliche Fortbildungsveranstaltung (DFP) anerkannt.

Kongress-Sprachen: Deutsch und Russisch mit Simultanübersetzung

Themenfelder:

Übersichten zu den Folgen der Tschernobyl-Katastrophe und zur internationalen Informationspolitik
Folgen der Tschernobyl-Katastrophe für die Gesundheit in Belarus, Ukraine, Russland
Strahlenschutz und Katastrophenmanagemen
Gesundheitliche Folgen der Tschernobyl-Katastrophe im Westen
Auswirkungen der Tschernobyl-Katastrophe auf Tiere, Umwelt und Ernährung
Sozial-ökonomische Folgen der Reaktorkatastrophe
Internationale staatliche und gesellschaftliche Tschernobyl-Hilfe für die besonders betroffene
Bevölkerung in konkreten Projekten
Aufgaben für die Zukunft

Das umfangreiche Programm (mit vielen WissenschaftlerInnen und AerztInnen vor allem aus Belarus,
Ukraine, Russland) finden Sie unter www.ohsi.de

=====
POLITIK - BEHOERDEN
=====

BUNDESTAG

13.07.2006 Verteidigung/Kleine Anfrage

LINKSFRAKTION KRITISIERT UNGLEICHBEHANDLUNG VON STRAHLUNGSOPFERN

Berlin: (hib/HIL) Mit der finanziellen Versorgung durch Radarstrahlen gesundheitlich geschädigter
Soldaten in der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee beschäftigt sich die Fraktion Die Linke in
einer Kleinen Anfrage (16/2160).

Sie kritisiert die Ungleichbehandlung der Soldaten von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee:
Soldaten der Nationalen Volksarmee erhielten eine Unfallrente, die auf die Altersrente angerechnet
werde, heißt es in der Kleinen Anfrage.

Bundeswehrsoldaten dagegen erhielten Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, die nicht
auf eine Altersrente angerechnet würden. Die Linke möchte von der Regierung wissen, wie viele
Soldaten seit 1956 in Bundeswehr und Nationaler Volksarmee Wehrdienst an Radargeräten verrichtet
haben und wie viele Anträge auf Anerkennung einer Wehrdienstbeschädigung, einer Berufskrankheit
oder einer Hinterbliebenenversorgung bisher gestellt worden sind. Ferner fragt die Fraktion, ob die
Bundesregierung ein Strahlenopfer-Entschädigungsgesetz plant oder die Einrichtung einer Stiftung
zur Entschädigung der Opfer und deren Hinterbliebenen vorgesehen ist.

*

10.07.2006 Ernährung und Landwirtschaft/Antwort

140 MITARBEITER IM MINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERPOLITIK ZUSTÄNDIG

Berlin: (hib/VOM) Im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
sind etwa 140 Personen ganz oder teilweise mit verbraucherpolitischen Themen beschäftigt. Davon
befassen sich etwa 95 in der Abteilung "Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen" mit Fragen des
gesundheitlichen Verbraucherschutzes, teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/2141) auf eine
Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (16/1716) mit. Etwa 45 weitere Personen hätten in der Abteilung
"Verbraucherschutz, Ernährung, Bio- und Gentechnik" sowie im Planungsstab Aufgaben auf dem
Gebiet des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes.

Darüber hinaus nähmen auch andere Arbeitseinheiten des Ministeriums verbraucherpolitische

Aufgaben wahr, sodass die Gesamtzahl der zumindest teilweise mit Verbraucherthemen befassten Mitarbeiter noch höher sei.

Auch im Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sowie im Bundesinstitut für Risikobewertung mit insgesamt etwa 740 Planstellen bildeten verbraucherpolitische Themen den Schwerpunkt.

Wie die Regierung weiter darlegt, zielt ihre Verbraucherpolitik darauf ab, die "berechtigten Interessen" der Verbraucher auf allen wesentlichen Politikfeldern zur Geltung zu bringen. Es müsse sichergestellt werden, dass diese Interessen in wirtschaftspolitischen, gesellschaftspolitischen und umweltpolitischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Leitbild sei der "mündige Verbraucher" als eigenverantwortlich handelnder Konsument und Marktteilnehmer. Wesentliche Instrumente des vorsorgenden gesundheitlichen Verbraucherschutzes bei Lebens- und Futtermitteln, kosmetischen Mitteln und verbrauchernahen Produkten seien neben den gesetzlichen Regeln die EU-rechtlich vorgeschriebenen Eigenkontrollen der Wirtschaft, die Meldepflichten sowie die amtliche Lebensmittelüberwachung und -kontrolle.

Dazu sollen nach Regierungsangaben die freiwilligen, privatrechtlich organisierten Qualitätssicherungssysteme der Wirtschaft und die amtliche Lebensmittelkontrolle soweit wie möglich miteinander verzahnt werden.

*

Bildung und Forschung/Kleine Anfrage

GRÜNE: RISIKEN DER NANOTECHNOLOGIE ERKENNEN UND BESEITIGEN

Berlin: (hib/MPI) Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich dafür ein, dass mögliche Risiken der Nanotechnologie frühzeitig erkannt und beseitigt werden. In einer Kleinen Anfrage (16/2150) verlangt sie Auskunft darüber,

wie sich die Forschungsmittel für die Nanotechnologie entwickelt haben, wie viele Firmen sich mit dem Forschungsfeld beschäftigen und wie viele Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen wurden. Die Grünen wollen ferner wissen, ob die Bundesregierung Veränderungsbedarf bei bestehenden Normen, Gesetzen und Verordnungen speziell in den Bereichen Gesundheit, Umwelt-, Verbraucher und Datenschutz aufgrund nanotechnologischer Entwicklungen sieht.

Ihr Augenmerk legen die Abgeordneten etwa auf nanotechnologisch veränderte Lebensmittel. Sie fragen, ob die Regierung ein Zulassungsverfahren und eine Rezepturmeldepflicht für Verbraucherprodukte mit Nanotechnologie einführen will.

Die so genannte Nanotechnologie gilt als eine der wichtigsten Zukunftstechnologien. Sie beschäftigt sich mit der Forschung und Konstruktion kleinster Strukturen. Der Begriff Nanotechnologie leitet sich vom griechischen Wort "nanos" (Zwerg) ab.

Ein Nanometer ist der milliardste Teil eines Meters, etwa 50.000 Mal dünner als das menschliche Haar. Die Gefahren von Nanopartikeln für Mensch und Umwelt sind weitgehend unerforscht.

Anwendungsbereiche der Nanotechnologie liegen in der Informations-, der Energie- und der Umwelttechnik, aber auch im Gesundheitsbereich.

*

29.06.2006 Ernährung und Landwirtschaft/Antrag

VORSCHLAG DER EU-KOMMISSION ZUR ÖKOLANDBAU-VERORDNUNG IN DER KRITIK

Berlin: (hib/SAS) Gegen den Vorschlag der EU-Kommission zur Revision einer Verordnung zum ökologischen Landbau haben sich die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (16/1972) ausgesprochen.

Zwar unterstützen sie das erklärte Ziel der Kommission, einen fairen Wettbewerb und einen ordnungsgemäß funktionierenden Binnenmarkt für ökologische Erzeugnisse zu gewährleisten.

Allerdings sind aus ihrer Sicht die Vorschläge der EU in der vorliegenden Form dafür nicht geeignet, die Identität des ökologischen Landbaus in der Europäischen Union zu wahren und seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Auf Ablehnung stießen die Vorschläge auch bei der von den Rechtsvorschriften über den Ökolandbau betroffenen Wirtschaft. Anstoß nehmen die Parlamentarier dabei an der Verfahrensweise und an dem "viel zu knappen" Zeitplan der Verhandlungen über die Totalrevision.

Auch der Bundesrat habe die Verordnungsvorschläge "einer umfassenden Kritik unterzogen".

Bemängelt wird in dem Antrag, dass die im EU-Vorschlag vorgesehene Grundsätze und Regelungen überwiegend "zu vage und unscharf" formuliert seien.

Träte die geplante Verordnung unverändert so in Kraft, würde der bisherige umfassende Schutz vor irreführenden Kennzeichnungen durch eine Einschränkung des Anwendungsbereichs aufgeweicht. Zu bedenken geben die Fraktionen auch, dass sich das nach der derzeit gültigen Verordnung etablierte

EG-Kontrollsystem für den ökologischen Landbau bewährt habe.

Eine Überführung des Kontrollsystems weg von der Prozess- hin zur Produktkontrolle bezeichnen sie als "kontraproduktiv".

Die Fraktionen verlangen deshalb von der Bundesregierung, dass sie die Vorschläge der EU-Kommission in der vorliegenden Form zurückweist. Sie solle darauf dringen, dass auf europäischer Ebene keine Entscheidung getroffen wird, bevor nicht Klarheit über die zur Verordnung gehörenden Durchführungsbestimmungen herrsche.

Am Herzen liegt den Abgeordneten auch der Erhalt des nationalen Biosiegels. Dieses sei gemäß den Anforderungen des Marktes weiterzuentwickeln. Außerdem machen sich die Fraktionen für den Erhalt der am Markt etablierten Warenzeichen der Anbauverbände stark.

Im Weiteren dringen sie auf einer Beibehaltung des Prinzips der Prozesskontrolle und fordern, dass die Regierung einer verordneten Verstaatlichung des Kontrollsystems eine Absage erteilt.

*

28.06.2006 Ernährung und Landwirtschaft/Gesetzentwurf **REGIERUNG LEGT GESETZENTWURF FÜR TABAKWERBEVERBOT IN PRESSE UND HÖRFUNK VOR**

Berlin: (hib/SAS) Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf für ein Tabakwerbeverbot (16/1940) vorgelegt. Danach dürfen Tabakerzeugnisse künftig nicht mehr in Zeitungen, Zeitschriften, im Internet sowie im Hörfunk beworben werden.

Untersagt sind auch das Sponsoring bei Veranstaltungen mit Fernsehübertragung sowie das kostenlose Verteilen von Tabakprodukten. Ziel sei es, so die Regierung, eine entsprechende Richtlinie der EU bis zum 31.

Juli 2005 in nationales Recht umzusetzen. Die knappe Zeitspanne steht in Zusammenhang mit einer von der Bundesregierung beim Europäischen Gerichtshof erhobenen Klage gegen das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union.

Nach Einschätzung der Regierung könnte es infolge des Gesetzes zu einem Rückgang des Verbrauchs von Tabakerzeugnissen hierzulande kommen und damit möglicherweise auch zu einem geringeren Tabaksteueraufkommen.

Zudem könnten die Regelungen bei Unternehmen, die im Marketing oder Werbesektor tätig sind, zeitweise zu Umsatz- und Ertragseinbußen führen. Den Erzeugern und übrigen Wirtschaftsbeteiligten entstünden dadurch allerdings keine zusätzlichen Kosten, erklärt die Regierung weiter.

Der Bundesrat lehnt die Vorlage der Bundesregierung für ein Tabakwerbeverbot entschieden ab.

Nach seiner Auffassung sollte das Gesetz erst dann in Kraft treten, wenn der Europäische Gerichtshof über die Klage der Regierung entschieden hat.

Trete das Gesetz schon vorher in Kraft, so schmälere das die Ernsthaftigkeit der Klage und ihre Erfolgsaussichten in dem anstehenden Gerichtsverfahren. Während das Gerichtsverfahren also noch läuft, sollte sich die Bundesregierung für ein Aussetzen der Richtlinie stark machen.

Nach dem Willen der Länderkammer soll das Tabakwerbeverbot für die Presse und im Hörfunk auch nur bei Medien gelten, die grenzüberschreitend im Geltungsbereich der EU vertrieben werden. Anstoß nimmt der Bundesrat auch am Sponsoringverbot.

So sei klarzustellen, dass nicht das Sponsoring von Veranstaltungen, "an denen mehrere Mitgliedstaaten beteiligt sind", verboten ist, sondern nur von Veranstaltungen, an denen Unternehmen aus mehreren Staaten teilnehmen.

Außerdem widerspricht er einer Aussage der Regierung, wonach sich die in Zusammenhang mit dem Gesetzesvorhaben stehenden Umsatzrückgänge in den betroffenen Wirtschaftskreisen nicht beziffern ließen und beruft sich dabei auf Angaben der deutschen Werbewirtschaft, die die Einbußen auf 100 Millionen Euro beziffert.

*

26.06.2006 Umwelt/Antrag

GRÜNE WOLLEN VERBESSERUNGEN BEI DER NEUORDNUNG DER CHEMIKALIENPOLITIK

Berlin: (hib/SUK) Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, im Abstimmungsverfahren zwischen Rat und Europäischem Parlament zu einer Verbesserung des Umwelt- und Verbraucherschutzes bei der Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (REACH) zu gelangen.

Das fordert die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (16/1888). Die so genannte REACH-Verordnung solle die europäische Chemikalienpolitik neu ordnen und werde voraussichtlich in diesem Jahr ihren Abschluss finden. Mit ihr solle der Umwelt- und Gesundheitsschutz verbessert und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemieindustrie gestärkt werden.

Im Verlauf des Verfahrens, so die Bündnisgrünen, sei der Verordnungsentwurf aber immer weiter "zu

Gunsten kurzfristiger wirtschaftlicher Ziele abgeschwächt" worden. Insbesondere die Belange des Mittelstands seien "bislang nicht ausreichend berücksichtigt" worden. Die Bundesregierung soll nun verschiedenen Änderungen, die vom Europäischen Parlament gegenüber dem Kommissionsentwurf beschlossen wurden, aufgreifen und sich für deren Umsetzung stark machen. Dazu gehöre unter anderem, den "Substitutionsanreiz für Unternehmen zu stärken", indem eine Zulassung gefährlicher Chemikalien nur befristet erteilt werde, und den "verpflichtenden Einsatz gefährlicher Stoffe vorzuschreiben" und diese nur zuzulassen, "wenn keine sicheren Alternativen vorhanden sind". Außerdem müsse die Transparenz der durch REACH generierten Daten verbessert werden.

*

16.06.2006 Umwelt/Unterrichtung

DEUTSCHES MOBILFUNK FORSCHUNGSPROGRAMM UMFASST 51 PROJEKTE

Berlin: (hib/JBU) Das vom Bundesumweltministerium initiierte Deutsche Mobilfunk Forschungsprogramm (DMF) zu den gesundheitlichen Wirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder umfasst nach Angaben der Regierung insgesamt 51 Forschungsprojekte. Dies teilt sie in dem als Unterrichtung vorgelegten zweiten Bericht über die Forschungsergebnisse in Bezug auf Emissionminderungsmöglichkeiten der gesamten Mobilfunktechnologie und in Bezug auf gesundheitliche Auswirkungen (16/1791) mit.

Dem Bereich Biologie seien dabei 23 Projekte, dem Bereich Dosimetrie (Strahlungsmessung) 13, der Epidemiologie acht und dem Bereich Risikokommunikation sieben Projekte zugeordnet. Von den insgesamt 17 Millionen Euro zugesagter Mittel, davon jeweils die Hälfte aus dem Ministerium und aus der Selbstverpflichtung der Netzbetreiber, seien bisher etwa 96 Prozent festgelegt.

Das Programm sei so ausgerichtet, dass die Ergebnisse für den gesamten Bereich der Telekommunikation einschließlich sich abzeichnender zukünftiger Entwicklungen Aussagen zulassen. Die Auswertung des DMF erfolge nach Abschluss aller Forschungsvorhaben voraussichtlich im Frühjahr 2008.

Zusammen mit den Ergebnissen der in verschiedenen Ländern laufenden Forschungsprogramme werde dann eine neue Bewertung der Erkenntnisse über mögliche gesundheitliche Auswirkungen elektromagnetischer Felder möglich.

Die Bundesregierung erklärt, sie nehme die in der öffentlichen Debatte zum Ausdruck kommenden Besorgnisse über mögliche gesundheitliche Gefährdungen durch elektromagnetische Felder sehr ernst. Mit den im Dezember 2002 beschlossenen Vorsorgemaßnahmen sei die Forschung in diesem Bereich intensiviert worden.

Ziel der Projekte sei, abzuklären, ob negative Auswirkungen mit der Nutzung der Mobilfunktechnologie verbunden seien und inwieweit die Feldexposition der Bevölkerung generell minimiert werden könne. Dazu gehörten neben den Forschungsaktivitäten des Umweltministeriums auch Untersuchungen der Ministerien für Wirtschaft und Technologie und für Bildung und Forschung.

Dadurch stünden weitere 12 Millionen Euro für diesen Bereich zur Verfügung. Das Wirtschaftsministerium habe ihre Forschungsarbeiten im Zusammenhang mit technischen Regulierungsfragen beim Aufbau der UMTS-Netze mit 5 Millionen Euro unterstützt und bereits beendet.

Das Bildungsministerium führe seit dem Jahr 2002 eine gezielte Initiative zur Förderung immissionsmindernder Technologien bei Mobilfunksystemen durch. Diese habe ein Volumen von 7 Millionen Euro und umfasse einen Zeitraum von fünf Jahren.

*

15.06.2006 Finanzen/Antwort

ZAHL DER VERKAUFTEN ZIGARETTEN WAR ENDE 2005 RÜCKLÄUFIG

Berlin: (hib/VOM) Die Zahl der im vierten Quartal 2005 verkauften Zigaretten ist gegenüber dem Quartal zuvor von 25,66 Milliarden Stück auf 20,88 Milliarden Stück zurückgegangen. Gleichzeitig seien die darauf entfallenden Einnahmen aus der Tabaksteuer von 3,47 Milliarden Euro auf 3,6 Milliarden Euro gestiegen,

teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/1793) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (16/1580) mit. In den vergangenen beiden Jahren ist die Tabaksteuer in drei Stufen angehoben worden.

Beim verkauften Feinschnitt-Tabak gibt die Regierung für das vierte Quartal 2005 die verkaufte Menge von 8,64 Millionen Tonnen an, das sind 998.000 Tonnen weniger als im Quartal zuvor. Gleichzeitig seien die Tabaksteuereinnahmen aus dem Feinschnitt von 452,41 Millionen Euro im dritten Quartal auf 577,19 Millionen Euro im vierten Quartal gestiegen.

Wie aus der Antwort weiter hervor geht, war die Zahl der seit Anfang 2002 verkauften Zigaretten im dritten Quartal 2002 mit 38,63 Milliarden Stück am höchsten. Bis Ende 2005 sei es zum Rückgang auf 20,88 Milliarden Stück gekommen.

Im Vergleich dazu hatten die Tabaksteuereinnahmen aus dem Zigarettenverkauf im genannten Zeitraum den Höchststand im vierten Quartal 2002 mit 4,34 Milliarden Euro erreicht. Die niedrigsten Steuereinnahmen seit Anfang 2002 seien im ersten Quartal des Jahres 2005 mit 2,13 Milliarden Euro zu verzeichnen gewesen, nachdem es im Vorquartal noch 3,95 Milliarden Euro gewesen seien. Beim verkauften Feinschnitt ist der Höchststand laut Bundesregierung im dritten Quartal 2005 mit 9,64 Millionen Tonnen erreicht worden. Am wenigsten Feinschnitt wurde danach seit Anfang 2002 im ersten Quartal jenes Jahres mit 3,27 Millionen Tonnen verkauft.

Die Steuereinnahmen aus Tabakfeinschnitt seien von 100,78 Millionen Euro im ersten Quartal 2002 auf 577,19 Millionen Euro im letzten Quartal 2005 kontinuierlich gestiegen. Beim vorportionierten Feinschnitt hätten sich die Mengen von 128 Millionen Stück im ersten Quartal 2002 auf 8,11 Milliarden Stück im letzten Quartal 2005 gesteigert.

Zugleich seien die Steuereinnahmen aus dem vorportionierten Feinschnitt von 3,08 Millionen Euro im ersten Quartal 2002 auf 306,2 Millionen Euro im letzten Quartal 2005 angestiegen.

*

14.06.2006 Gesundheit/Antwort

MINISTERIUM WILL NICHTRAUCHERSCHUTZ IN GASTSTÄTTEN ÜBERPRÜFEN

Berlin: (hib/MPI) Das Bundesministerium für Gesundheit will die Umsetzung der Selbstverpflichtung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) zum Schutz vor Passivrauchen überprüfen. Zum 1. März 2007 werde eine repräsentative Stichprobenuntersuchung in Auftrag gegeben,

kündigte die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/1758) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen (16/1558) an. Der 1. März 2007 ist der nächste Stichtag der Vereinbarung, wonach mindestens 30 Prozent aller Speisebetriebe mindestens 30 Prozent ihres Raumangebotes für Nichtraucher bereithalten müssen.

Die Vereinbarung von DEHOGA und Gesundheitsministerium betrifft Gastronomiebetriebe ab einer Größe von mindestens 75 Quadratmetern oder 40 Sitzplätzen. Die Grünen hatten in ihrer Kleinen Anfrage die Mitteilung des DEHOGA von Ende Februar 2006 angezweifelt, wonach 31,5 Prozent der größeren Speisebetriebe diese Stufe der Selbstverpflichtung umgesetzt hätten.

Dazu schreibt die Regierung, die Repräsentativität der DEHOGA-Untersuchung und ihrer Ergebnisse könne "nicht abschließend bewertet werden".

Die Regierung erläutert, laut DEHOGA seien von den rund 240.000 Hotels, Gaststätten, Kneipen, Pensionen und Diskotheken etwa 75.000 in dem Verband vertreten. In den Geltungsbereich der Selbstverpflichtung fallen demnach bis zu 100.000 Betriebe.

In die Auswertung zur Umsetzung der Selbstverpflichtung seien 6.150 Fragebögen einbezogen worden. Demnach hätten 21,5 Prozent der Betriebe erklärt, dass sie nicht von der Zielvereinbarung betroffen seien. Die verbliebenen 4.792 Fragebögen seien für die Untersuchung ausgewertet worden, fügt die Regierung unter Bezug auf Angaben des DEHOGA hinzu.

Die Regierung appelliert in der Antwort erneut an das Gastgewerbe, "seiner Verantwortung gerecht zu werden und die Vereinbarung umzusetzen". Ziel sei es, dass nach drei Jahren, also zum 1. März 2008, mindestens 90 Prozent der Speisebetriebe mindestens 50 Prozent der Plätze für Nichtraucher bereithalten.

Sie verweist darauf, dass sie sich gesetzliche Regelungen zum Nichtrauchen in der Gastronomie vorbehält, wenn die Kriterien der Vereinbarung nicht erfüllt werden.

=====

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

21/2006, 28.07.2006

Hohe Gehalte an perfluorierten organischen Tensiden (PFT) in Fischen sind gesundheitlich nicht unbedenklich

Einzelne Fischproben wiesen erhöhte Gehalte an PFT auf

Bei Untersuchungen der Landesbehörden von Nordrhein-Westfalen sind in Zuchtforellen aus einer von zwei untersuchten Teichanlagen im Hochsauerlandkreis hohe Gehalte an perfluorierten organischen Tensiden (PFT), insbesondere an Perfluorooctansulfonsäure (PFOS) festgestellt worden. Es wurden bis zu 1,18 Mikrogramm PFOS je Gramm Fischfleisch gefunden. „Fische mit derartig hoher Belastung sind nicht zum Verzehr geeignet“, sagt BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel.

„Zwar besteht keine akute Gefahr für die Gesundheit, selbst wenn ein Mensch die üblichen Mengen dieser Fische, das sind 300 Gramm, einmal verzehrt hat. Da PFOS aber lange im Körper verbleibt, sollte so wenig wie möglich davon aufgenommen werden.“

Perfluorierte Tenside (PFT) sind sehr stabile Verbindungen, die unter anderem bei der Verarbeitung von Bedarfsgegenständen, bei der Herstellung von Fluorpolymeren, bei der Papierveredelung, in Feuerlöschmitteln und in Reinigungsmitteln eingesetzt werden. Die prominentesten Vertreter dieser Stoffgruppe sind Perfluorooctansäure (PFOA) und Perfluorooctansulfonsäure (PFOS). Diese beiden Verbindungen wurden jetzt in Fischen im Hochsauerlandkreis nachgewiesen.

Die Behörden haben Fische aus verschiedenen Teichen untersucht, nachdem im Trinkwasser erhöhte Konzentrationen von PFT festgestellt worden waren. Fische aus einem Teich wiesen dabei Gehalte zwischen 0,4 Mikrogramm und mehr als 1 Mikrogramm PFOS je Gramm Fischfleisch auf. Die Proben aus einem anderen Teich enthielten dagegen weniger als 0,02 Mikrogramm PFOS pro Gramm Fischfleisch.

PFOS ist in der Umwelt weit verbreitet, da sie in vielen Bereichen der produzierenden Industrie eingesetzt wird. Dem BfR liegen keine abgeschlossenen Risikobewertungen von nationalen oder internationalen Organisationen vor. Ein verbindlicher Wert für die tägliche tolerierbare Aufnahme von PFOS konnte daher nicht festgelegt werden. Das BfR schlägt deshalb zur Sicherstellung der Gesundheit des Verbrauchers einen vorläufigen Wert von 0,1 Mikrogramm je Kilogramm Körpermasse als täglich tolerierbare Aufnahmemenge (TDI) vor. Für Trinkwasser kam die Trinkwasser-Kommission zu einer vergleichbaren Ableitung. Der TDI bezeichnet die Menge eines Stoffes, die ein Mensch, ganz gleich welchen Alters, ein Leben lang jeden Tag ohne Gefährdung der Gesundheit aufnehmen kann.

Die tolerierbare tägliche Aufnahmemenge wird allerdings schon durch den Verzehr von 300 g Fisch mit einem Gehalt von 0,02 Mikrogramm je Gramm Fischfleisch ausgeschöpft. Unter der Annahme, dass diese Menge nicht täglich verzehrt wird, sind Konzentrationen von weniger als 0,02 Mikrogramm PFOS pro Gramm Fisch tolerabel.

Dokumente

-Hohe Gehalte an perfluorierten organischen Tensiden (PFT) in Fischen sind gesundheitlich nicht unbedenklich (Stellungnahme Nr.035 des BfR vom 27.07.2007) (PDF-Datei, 101.5 KB)

*

07.07.2006

Gesundheitsrelevante Daten bei Störfällen und Transportunfällen mit Chemikalien systematisch erfassen! Standardisierte Meldeformulare ab sofort im Internet abrufbar

Daten für die langfristige Einschätzung von gesundheitlichen Auswirkungen bei Stör- und Transportunfällen mit Chemikalien werden in Deutschland bisher noch nicht vollständig systematisch erfasst und dokumentiert. Das zeigt ein Blick auf die rund 2000 seit 1990 im BfR eingegangenen Meldungen zu Gesundheitsbeeinträchtigungen nach 60 zum Teil großen Chemieunfällen. Belastungssituationen bleiben so bislang unzureichend dokumentiert, und es fehlen wichtige Informationen, um mögliche Folgeschäden bei Betroffenen, Anwohnern oder Einsatzkräften zu beurteilen. Meist mangelt es an Daten zur Exposition, der Art und dem Umfang, in dem Betroffene bei einem Störfall oder Transportunfall mit einer Chemikalie in Kontakt kommen. „Diese Lücke möchten wir mit der systematischen Erfassung von gesundheitsrelevanten Daten so weit wie möglich schließen“, erläutert BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel. „Wir haben deshalb spezielle Formulare zur Meldung gesundheitsbezogener Daten bei Stör- und Transportunfällen entwickelt“.

Mit den nun zur Verfügung stehenden speziellen Erhebungsbögen für Stör- und Transportunfälle sollen neben den aufgetretenen Vergiftungssymptomen auch systematisch Daten zur Konzentration freigesetzter Stoffe in der Luft und ihrer Ausbreitung ermittelt werden. Die Aufnahmewege (Haut, Atmung, orale Aufnahme) sollen beschrieben, getroffene Schutzmaßnahmen und die Ergebnisse der Messungen von freigesetzten Stoffen in Blut- und Urinproben dokumentiert werden. Wichtig ist auch, in welcher Entfernung zum Zentrum des Stör- oder Transportunfalls sich die betroffenen Personen aufgehalten haben und über welche Zeitspanne. All diese Informationen sind unverzichtbar, um die langfristigen gesundheitlichen Folgen für den einzelnen Betroffenen verlässlich abzuschätzen. Dazu gehören Feuerwehrleute ebenso wie Rettungs- und Sicherheitspersonal, Anwohner, in Unfallnähe

spielende Kinder oder Personal, das in die Aufräum- und Dekontaminationsarbeiten involviert ist. Die Daten zur individuellen Belastungssituation geben wichtige Hinweise darauf, ob später bei unterschiedlichen Personengruppen auftretende Gesundheitsschäden (Erwachsene, Kinder, alte Menschen, Schwangere etc.) möglicherweise auf das Ereignis zurückzuführen sind.

Die standardisierten Meldeformulare für Störfälle und Transportunfälle sind ein wichtiges Instrument, um eine solide Datenbasis zu generieren, auf der das Gesundheitsrisiko von Betroffenen so präzise wie möglich abgeschätzt werden kann. Sie sind darüber hinaus wesentlicher Bestandteil eines Monitorings der gesundheitlichen Folgen von Stör- und Transportunfällen mit Chemikalien, das vom BfR angestrebt wird. Umfassend und systematisch dokumentiert werden bisher nur die technischen Daten solcher Unfälle.

Das vom BfR zusammengestellte Formular-Paket besteht aus einem Schema mit den einzelnen Organisationsphasen bei der Bewältigung von Stör- und Transportunfällen, dem bereits bekannten Meldebogen zu Vergiftungen nach §16 e Chemikaliengesetz und aus einem Fragebogen zur Exposition. Des Weiteren ist ein Schema für systematische Umgebungsmessungen nach Stör- und Transportunfällen enthalten, in dem geografische und meteorologische Gegebenheiten am Ort des Geschehens berücksichtigt werden.

Die Formulare sollen Amtsärzten, Arbeitsmedizinern, Notfallärzten und allen Mitarbeitern aus dem Gesundheitswesen die Aufarbeitung und nachsorgende Begleitung solcher Krisen erleichtern. Sie können auf der Homepage des BfR www.bfr.bund.de unter dem Menüpunkt „Vergiftungen“ abgerufen werden.

Dokumente

-Dokumentation von Stör- und Transportunfällen mit chemischen Stoffen und Produkten (BfR-Meldeformulare) (PDF-Datei, 268.6 KB)

*

26.06.2006

Triclosan gehört nur in die Klinik und die Arztpraxis!

Verringerung des Risikos der Resistenzbildung durch restriktiveren Einsatz

Triclosan ist ein biozider Wirkstoff und Bestandteil von Desinfektionsmitteln, die in Arzt- und Zahnarztpraxen sowie in Krankenhäusern eingesetzt werden. Dort ist diese Anwendung auch sinnvoll und nützlich, um die Übertragung von Krankheitskeimen zu verhindern. Sorgen bereitet den Hygienikern jedoch der zunehmend breite Einsatz des Biozids, niedrig dosiert in verbrauchernahen Produkten wie Wasch- und Reinigungsmitteln oder als biozide Ausrüstung von Kleidung und Kunststoffen. Hierbei besteht nicht nur die Gefahr, dass die Mikroorganismen vermehrt gegen den Wirkstoff Triclosan resistent werden. Der ausgebildete Resistenzmechanismus kann die Keime auch gegen therapeutisch eingesetzte antimikrobiell wirkende Substanzen und Antibiotika unempfindlich machen. „Triclosan sollte daher nur in Kliniken und Arztpraxen eingesetzt werden“, fordert BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel. „Dort ist die Anwendung aus hygienischen Gründen notwendig. Im Alltag genügen hingegen Wasser und Seife oder konventionelle Reinigungsmittel, um den gleichen Effekt zu erzielen.“

Die Zahl der Produkte, die das Biozid Triclosan enthalten, hat sich in den letzten Jahren sprunghaft erhöht. Anders als in Desinfektionsmitteln für den ärztlichen Bereich ist Triclosan in verbrauchernahen Produkten niedrig dosiert. Diese niedrigen Konzentrationen reichen häufig nicht aus, um bakterielle Krankheitserreger abzutöten. Dagegen erhöht sich der Selektionsdruck: Erreger, die eine Resistenz gegen Triclosan ausgebildet haben, vermehren sich stärker als die nicht resistenten Erreger der gleichen Spezies.

Im Fall von Triclosan bewirkt eine sich ausbildende Resistenz der bakteriellen Erreger, dass diese auch gegen andere antimikrobielle Substanzen und Antibiotika unempfindlich werden. Der Resistenzmechanismus beruht auf so genannten „Effluxpumpen“. Hierbei handelt es sich um zelluläre Strukturen, die giftige Stoffe aktiv über die Membran aus dem Inneren der Zelle nach außen transportieren und so deren Überleben gewährleisten. Somit könnte der mannigfaltige Einsatz von Triclosan im Alltag dazu beitragen, dass sich vermehrt Kreuzresistenzen ausbilden. Krankheitserreger würden dann nicht nur unempfindlich gegen Triclosan, sondern auch gegen antimikrobielle Substanzen und Antibiotika wie Chinolone und Tetracykline, die in der Therapie beim Menschen

eingesetzt werden.

Noch ist nicht eindeutig geklärt, ob das vermehrte Auftreten von Kreuzresistenzen gegen therapeutisch angewandte Antibiotika mit dem zunehmenden Einsatz von Triclosan zusammen hängt. Ein solcher Zusammenhang ist jedoch wahrscheinlich und anzunehmen.

Triclosan und verwandte Biozide sollten deshalb nach Ansicht des BfR nur sehr restriktiv und mit der notwendigen Sorgfaltspflicht angewandt werden. Dies gilt insbesondere im Haushalt, wo der Einsatz derartiger Substanzen keinen Hygienevorteil mit sich bringt und der gleiche Effekt mit anderen klassischen Maßnahmen erzielt werden kann. Deshalb rät das BfR den Verbrauchern, im häuslichen Bereich auf biozidhaltige Reinigungsmittel und Produkte zu verzichten.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie auf der Homepage des BfR (www.bfr.bund.de) unter dem Menüpunkt „Biozide“.

Dokumente

-Triclosan nur im ärztlichen Bereich anwenden, um Resistenzbildungen vorzubeugen (Stellungnahme Nr. 030/2006 des BfR vom 08.05.2006) (PDF-Datei, 120.3 KB)

*

14.06.2006

Positive Bilanz nach drei Jahren Arbeit für den gesundheitlichen Verbraucherschutz BfR stellt Jahresbericht und Gutachten des Wissenschaftsrates vor

Mit der Gründung des Bundesinstituts für Risikobewertung im November 2002 hat der Gesetzgeber die Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement institutionalisiert und damit auf europäischer Ebene Maßstäbe gesetzt. Risikobewertung auf hohem wissenschaftlichem Niveau, frei von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Interessen, transparent und damit nachvollziehbar für die Öffentlichkeit, war das Ziel dieser Maßnahme. Ein hoher Anspruch und eine große Herausforderung für das junge Institut. Nach drei Jahren Arbeit für den gesundheitlichen Verbraucherschutz zog der Präsident des BfR, Professor Dr. Dr. Andreas Hensel, heute im Bundespresseamt eine erste, positive Bilanz: „Wir haben die Herausforderung gemeistert. Das belegt unser Jahresbericht und unterstreicht der Wissenschaftsrat in seinem aktuellen Gutachten.“ Resümierend heißt es darin, dass sich die Arbeit des Instituts durch qualitativ gute bis sehr gute Forschung und wissenschaftsbasierte Dienstleistungen sowie durch eine ausgeprägte Wissenschaftsorientierung bei der Bewertung von Risiken für den Verbraucher auszeichnet.

Aufgabe des BfR ist es, Risiken, die Lebens- und Futtermittel, Chemikalien und verbrauchernahe Produkte für den Verbraucher bergen können, zu identifizieren, zu bewerten, der Politik Maßnahmen für ihre Begrenzung vorzuschlagen und die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Das BfR forscht aktiv, erarbeitet, evaluiert und standardisiert Nachweismethoden für die amtliche Überwachung und setzt sich dafür ein, möglichst viele der heute noch gesetzlich vorgeschriebenen Tierversuche durch tierversuchsfreie Methoden zu ersetzen oder zu ergänzen. Aktuelles Beispiel ist der Maus-Bioassay, der in der Europäischen Union zum Nachweis von Algengiften vorgeschrieben ist, die sich in Muscheln und anderen Meeres-Schalentieren anreichern können. Ihr Verzehr kann beim Menschen Durchfall und Lähmungen auslösen, in schweren Fällen sogar zum Tod führen. Um die Algengifte nachzuweisen, wird Mäusen ein Extrakt des Muschelgewebes in die Bauchhöhle injiziert. Der Tod der Maus gilt als Giftnachweis. Das BfR kritisiert, dass die Methode unzuverlässig und unempfindlich ist. „Der zuverlässige Schutz der Verbraucher“, so Andreas Hensel, „lässt sich ohne Tierversuche besser gewährleisten, und unzähligen Mäusen bleibt unnötiges Leid erspart“. Das Institut arbeitet aktiv an chemisch-analytischen Alternativmethoden und fordert deren rechtliche Anerkennung von der Europäischen Kommission, damit sie im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung europaweit routinemäßig eingesetzt werden können. Die Kommission hat reagiert und will die Gesetze aktualisieren.

Nicht der Tierschutz, sondern der Verbraucherschutz steht bei der Beurteilung so genannter Mehrfachrückstände im Vordergrund: Im Rahmen der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln werden für die Einzelstoffe Rückstands-Höchstgehalte in Lebensmitteln abgeleitet, die bei guter landwirtschaftlicher Praxis eingehalten werden können und dann kein Risiko für den Verbraucher darstellen. Anders könnte es jedoch bei Kombinationswirkungen dieser Einzelstoffe aussehen. Noch

ist unklar, ob und welche gesundheitlichen Risiken mit Mehrfachrückständen in Lebensmitteln verbunden sind. Um sie gesundheitlich umfassender bewerten zu können, müssen geeignete Konzepte entwickelt werden. Hieran arbeitet das BfR gemeinsam mit in- und ausländischen Wissenschaftlern und Verbraucherschützern.

Bei den Risiken durch Infektionserreger stand im vergangenen Jahr die Vogelgrippe im Fokus der Öffentlichkeit. Die Angst vor dem Übergreifen der Tierseuche auf den Menschen warf unzählige Fragen nach dem Gesundheits- und Verbraucherschutz auf. Das BfR hält eine Ansteckung mit dem Vogelgrippevirus über Lebensmittel für unwahrscheinlich, mahnt aber trotzdem zur Aufmerksamkeit. Die Vogelgrippe ist ein eindrucksvolles Beispiel für die Bedeutung interdisziplinärer und staatenübergreifender Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten, die vom Tier auf den Menschen übertragen werden können. Dazu gehört auch die Campylobacteriose, an der in Deutschland im Jahr 2005 mit über 60.000 Fällen erstmals mehr Menschen erkrankten als an Salmonellosen. Fast die Hälfte der Fälle lässt sich auf Geflügelfleisch zurückführen. Da weniger als ein Drittel des in Deutschland verzehrten Hähnchenfleisches auch hier produziert wird, sind Maßnahmen zur Verringerung des Risikos nur dann erfolgreich, wenn sie international ergriffen werden.

Die Sicherheit von Kinderspielzeug, kosmetischen Mittel oder auch Lebensmittelverpackungen gehört zu den Arbeitsschwerpunkten des Instituts, die von hoher öffentlicher Relevanz sind. Potenzielle Risiken, die verbrauchernahe Produkte bergen können, haben in der Vergangenheit immer wieder für Schlagzeilen gesorgt: Jüngstes Beispiel sind treibgasbetriebene Glas- und Keramikversiegeler, die im Handel als Nanotechnologie-Produkte angepriesen wurden und in kürzester Zeit bei mehr als 100 Anwendern zum Teil schwere Lungenschäden verursacht haben. Solchen Risiken will sich das Institut künftig noch stärker widmen und hat dafür jetzt eine eigene Abteilung für Produktsicherheit eingerichtet.

„Mit wissenschaftlicher Unabhängigkeit, der Qualität unserer Arbeit und der Transparenz unserer Bewertungen tragen wir aktiv dazu bei, dass Lebensmittel, Stoffe und Produkte sicherer werden“, so Andreas Hensel auf der Jahrespressekonferenz. Der Wissenschaftsrat hat diese Ausrichtung in seinem Gutachten bestätigt: Konzepte und Vorhaben des Instituts überzeugten und seien zu unterstützen. Das BfR befinde sich auf einem guten Weg, zu der nationalen Einrichtung zu werden, die im Bereich der gesundheitlichen Risikobewertung Orientierungswissen aus einer Hand biete.

Der Jahresbericht 2005 und das Gutachten des Wissenschaftsrates stehen auf der Homepage des BfR (www.bfr.bund.de) zur Verfügung.

Dokumente

-Jahresbericht 2005 (Bericht über die Arbeit des BfR vom 31.12.2005) (PDF-Datei, 4911.8 KB)

http://www.bfr.bund.de/cm/238/jahresbericht_05.pdf

-Wissenschaftsrat - Stellungnahme zum Bundesinstitut für Risikobewertung (19.05.2006) (PDF-Datei, 268.5 KB) http://www.bfr.bund.de/cm/221/wissenschaftsrat_stellungnahme_zum_bfr.pdf

=====

UBA - UMWELTBUNDESAMT

13.07.2006

Gemeinsame Presse-Information der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und des Umweltbundesamtes

Neues EU-Chemikalienrecht: Potenziale von REACH für den Arbeitsschutz nutzen

Kostenlose Infoveranstaltung am 18. September 2006 in Dortmund

„Potenziale nutzen – Arbeitsschutz und Helpdesk“: Unter diesem Titel veranstalten die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) und das Umweltbundesamt (UBA) am 18. September 2006 in Dortmund die dritte Konferenz der vierteiligen Veranstaltungsreihe „REACH anpacken!“. Welche Herausforderungen und Chancen bringt REACH für den Arbeitsschutz? Und welche Auswirkungen hat REACH zum Beispiel auf das betriebliche Management von Gefahrstoffen? Über diese und andere Fragen sowie einen neuen REACH-Helpdesk der BAuA können sich vor allem kleine und mittlere Unternehmen einen Tag lang informieren. Die Registrierung, Evaluierung (Bewertung) und Autorisierung (Zulassung) von Chemikalien (REACH) könnte – geht alles nach Plan – schon 2007 Realität werden. Der EU-Ministerrat verabschiedete am 27. Juni 2006 den

Gemeinsamen Standpunkt zur REACH-Chemikalienverordnung.

Für den Arbeitsschutz enthält REACH neue Elemente, die sich zum Teil nicht automatisch in das bestehende Recht einfügen: So sieht REACH etwa für krebserzeugende Stoffe ein Zulassungsverfahren vor, während die Arbeitsschutzregelungen vorgeben, dass gefährliche Stoffe durch weniger gefährliche zu ersetzen sind (allgemeines Substitutionsgebot). Zudem hat REACH Potenziale, um den Arbeitsschutz zu vereinfachen: So sollen die Betriebe durch – von der Europäischen Union (EU) vorgegebene – so genannte Expositionsszenarien herausfinden, wo Beschäftigte Chemikalien ausgesetzt sind. Die Betriebe können damit feststellen, in welchen Arbeitsbereichen Gefahren von Chemikalien ausgehen könnten. Bestehende Instrumente des Arbeitsschutzes wie das Sicherheitsdatenblatt sind ebenfalls bei der Umsetzung von REACH im Betrieb und beim Informationsaustausch zwischen Herstellern und Verwendern hilfreich.

Mit dem Helpdesk wollen die beiden Bundesbehörden unter Leitung der BAuA die betriebliche Umsetzung des neuen EU-Chemikalienrechts vereinfachen. Die BAuA wird dazu ein Internetportal und eine Telefonhotline einrichten, die helfen sollen, Fragen der REACH-Anwender möglichst schnell zu beantworten.

Die Veranstaltungsreihe „Reach anpacken!“ des Umweltbundesamtes (UBA) richtet sich in erster Linie an kleine und mittlere Unternehmen. Beide Gruppen möchten die BAuA und das UBA bei der Umsetzung und Anwendung des neuen EU-Chemikalienrechts REACH unterstützen. Auf der Konferenz in Dortmund stehen elf Fachleute aus Unternehmen, Behörden und Ministerien in Vorträgen und Expertengesprächen einen Tag lang Rede und Antwort.

Die Konferenz findet am 18. September 2006 in der Deutschen Arbeitsschutzausstellung (DASA) der BAuA in Dortmund statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Weitere Informationen zum Programm befinden sich unter www.reach-konferenz.de im Internet. Hier ist auch die Anmeldung möglich. Informationen zu REACH unter www.reach-info.de.

*

13.06.2006

Ozon: aktuelle Werte und deutschlandweite Prognosen im Internet

Endlich ist es Sommer – aber die Ozonwerte steigen. Ozon beeinträchtigt in höheren Konzentrationen die Gesundheit. Wie hoch sind die Ozonkonzentrationen in meiner Umgebung? Welche Belastung ist zu erwarten? Antwort auf diese Fragen gibt das Umweltbundesamt (UBA) im Internet. Unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/aod.htm> veröffentlicht das UBA stündlich aktualisierte Ozonwerte und Ozonprognosen für Deutschland – auch an den Wochenenden, übersichtlich und in Kartenform.

Ab 10:00 Uhr können Bürgerinnen und Bürger bundesweite Ozonprognosen für den laufenden Tag und die beiden folgenden Tage abrufen. Die Prognosen sind in einer Deutschlandkarte farblich dargestellt.

Ab 13:15 Uhr gibt es täglich die Ozon-Messwerte aller verfügbaren Messstellen der Länder und des Bundes im Netz. Das UBA aktualisiert diese Werte und stellt sie in Karten ein.

Hinweis für die Redaktionen: Die Karten sind im GIF-Format als Datei für den Gebrauch in Medien abrufbar und nutzbar. Der direkte Link ist ebenfalls <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/aod.htm>.

Über diesen Link sind Informationen für die einzelnen Bundesländer verfügbar. Die Länder geben ebenfalls die Ozon-Messwerte bekannt und erstellen zum Teil eigene Ozonprognosen für ihr Gebiet.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-037.htm>

PDF: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-037.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/99

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe

newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529, email: info@safer-world.org ,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt